

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom:           **08.06.2022**

von:           **16:00 Uhr**

bis:            **17:38 Uhr**

Ort:            **Rathaus Siegen, Markt 2,  
57072 Siegen, Ratssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen	Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Patt, Alexander	vertritt Weber, Frank
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Schulz, Jürgen	vertritt Boller, Joachim
Stv Schwarzer, Michael	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Walter, Klaus Volker	
Stv Wittenburg, Samuel	

##### Als Zuhörer:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StK Cavelius  
StBR Schumann  
StR Fries  
Dezernent Schmidt  
Städt. VD Werthenbach  
VA Scheffler  
VA Uhr  
VA Dancker  
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim  
Stv Weber, Frank  
Stv Steffe, Roland

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil ergänzt um die Punkte 13 und 14 (Tischvorlagen).

**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 30.03.2022**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

9. HFA 08.06.2022

**2. Fragestunde**

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

9. HFA 08.06.2022

**3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

9. HFA 08.06.2022

#### 4. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Vorlage Nr. VL 881/2022

Herr Groß dankt dem Arbeitskreis für seine Arbeit. Es ist nun die Aufgabe des Rates zu beraten, welche Straßen zur Umbenennung in Betracht kommen und vor allem, wie eine Bürgerbeteiligung aussehen kann.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann sich vorstellen, alle in der Kategorie A aufgeführten Straßen umzubenennen.

Herr Schiltz schließt sich für die SPD-Fraktion dem Dank an. Die Überlegungen zur Umbenennung würden in der Öffentlichkeit und besonders bei den Anliegern der in Rede stehenden Straßen sehr kontrovers diskutiert. Per Definition stelle die Benennung von Straßen nach Persönlichkeiten eine Ehrung dieser dar. Daher kommen Personen mit einer antisemitischen oder nationalsozialistischen Geschichte per se nicht in Betracht.

Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag

- Umbenennung der Hindenburgstraße, Stoeckerstraße und Lothar-Irle-Straße
- Verschiebung der weiteren in Kategorie A aufgeführten Adolf-Wagner-Straße und Bergfrieder Straße in Kategorie B, da die vorliegenden Informationen über die Persönlichkeiten nicht ausreichen. Weiterer Erkenntnisse sollten abgewartet werden.

Bei den Herren Porsche und Diem handelt es sich um sehr ambivalente Personen, die ebenfalls unter die Kategorie B fallen sollten.

Den übrigen Empfehlungen des Arbeitskreises stimmt die SPD-Fraktion zu, wie auch dem Vorschlag, Bürgerversammlungen und Bürgerinformationen für die drei umzubenennenden Straßen durchzuführen.

Auch die CDU-Fraktion dankt dem Arbeitskreis für seine Arbeit, erklärt Herr Marc Klein, bewertet die Ergebnisse aber anders und möchte keine Umbenennungen vornehmen. Vielmehr wird beantragt, die in Kategorie A genannten Straßen nach Kategorie B zu überführen und mehr als bisher über die Personen aufzuklären. Die Straßen wurden erst 1975 im Zuge der kommunalen Neuordnung benannt, lange nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. In der Zwischenzeit hatten diese Personen Auszeichnungen für andere Verdienste erhalten. Daneben ist die Belastung der potenziell Betroffenen bei einer Umbenennung zu bewerten. Diesbezüglich ist ein Service-Paket für Verwaltungsdienstleistungen nicht ausreichend, da ein weit höherer Aufwand betrieben werden müsste.

Die CDU-Fraktion beantragt zusammenfassend, keine Umbenennungen vorzunehmen und sukzessive in allen nach Personen benannten Straßen Schilder mit entsprechenden Erläuterungen zu ihrer Vita zu versehen.

Herr Henning Klein erklärt, dass sich die Fraktion Die Linke dem entgegen für eine umfassende Umbenennung ausspricht. Zu dem Einwand, der Aufwand sei zu groß, ist auf die Umbenennung der Wildrosenallee zu verweisen, die geräuschlos und ohne Bedenken vollzogen wurde. Er möchte des Weiteren die Anregung des Kulturausschusses aufgreifen, noch andere Fachleute einzubinden und keine eine parteipolitisch geprägte Mehrheitsentscheidung zu treffen.

Das Projekt war nach Einschätzung von Herrn Bertelmann sehr anspruchsvoll und vielschichtig. Ein Richtig oder Falsch gibt es seines Erachtens nicht. Die UWG-Fraktion hält es für zielführend, dem Vorschlag des Fachausschusses zu folgen, die Entscheidung zu vertagen und ist nicht bereit, an dieser Stelle über Festlegungen abzustimmen. Darüber hinaus stellt sich für ihn die Frage, wie für wen eine Bürgerbeteiligung erfolgen sollte und wie die Anlieger zu den Vorschlägen stehen.

Die FDP-Fraktion befürwortet den Vorschlag des Fachausschusses, so Herr Walter. In der Bevölkerung ist Unmut über die Diskussion festzustellen.

Die Volt-Fraktion steht hinter dem Vorschlag des Arbeitskreises erklärt Herr Wittenburg, kann sich aber auch den Argumenten für die Empfehlung des Fachausschusses anschließen.

Herr Groß weist darauf hin, dass die Diskussion schon lange geführt wird und die Argumente gleichermaßen lange bekannt sind. Von einem Schnellschuss kann daher keine Rede sein. Bei einem generellen Nein hätte man den Aufwand nicht betreiben müssen. Eine Beratung im Ältestenrat hält er angesichts der vorgetragenen Positionen für schwierig.

Bürgermeister Mues wirft ein, Aufgabe des Arbeitskreises war die Hintergründe der Personen zu erkunden und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Politik muss diesen nicht zwangsläufig folgen.

Herr Wittenburg stellt den Antrag, die Umbenennung der nach Hindenburg, Stoecker und Lothar-Irle benannten Straßen zu beschließen und alle weiteren einer erneuten Betrachtung zu unterziehen.

Herr Sondermann merkt an, dass er dem Vorschlag des Kulturausschusses hätte folgen können. Nach dem heutigen Verlauf der Diskussion lehnt die GfS-Fraktion eine Umbenennung ab. Der Arbeitskreis hat sehr gut und ergebnisoffen beraten, die GfS-Fraktion erachtet aber die Schlüsse daraus für nicht richtig. Der Nutzen einer Umbenennung geht nicht einher mit dem Aufwand und der Akzeptanz der Anlieger.

Herr Bertelmann hält eine Bürgerbeteiligung in der Form für wichtig, die betroffenen Anlieger zu befragen und die Beweggründe für die Diskussion und die Vorschläge zu erklären. Er möchte keine reine Information.

Herr Groß sieht dagegen eine Bürgerbeteiligung nicht in der Befragung der Anlieger, wo das Ergebnis seines Erachtens absehbar ist. Vielmehr sollte das Thema in die Stadtgesellschaft getragen und die Frage gestellt werden, ob die Namen von Personen, die im Faschismus eine bedeutende Rolle innehatten, beibehalten werden sollen. Er würde in Anbetracht der Diskussion den Vorschlag der SPD-Fraktion befürworten.

Frau Shirley verweist auf die in Zusammenhang mit der Untersuchung der historischen Hintergründe von Straßennamen ebenfalls diskutierte Frage der Präsenz von Frauen in der Stadtöffentlichkeit. Sie hält es für unglücklich, die beiden Themen zu verquicken.

Herr Tigges berichtet über den Unmut vieler Bewohnerinnen und Bewohner Kaan-Marienborns, nicht gefragt zu werden. Er ist erstaunt, dass sich eine Mehrheit über die Empfehlung des Kulturausschusses hinwegsetzen würde.

Bürgermeister Mues fasst die Diskussion und zusammen. Zu überlegen ist, in welcher Form eine Bürgerbeteiligung erfolgen kann. Mit dieser Frage könnten sich der Ältestenrat bzw. die Fraktionsvorsitzenden und die Verwaltung befassen. Wenn dazu eine Lösung gefunden ist sollte man versuchen, das Thema wieder aufzugreifen.

Herr Schiltz ist bereit, vor diesem Hintergrund den Antrag der SPD-Fraktion zurück zu ziehen. Er möchte aber vermeiden, das Projekt ohne Entscheidung im Sande verlaufen zu lassen.

Herr Groß hält es für richtig, einen zeitlichen Horizont für eine Entscheidung festzulegen.

Herr Marc Klein stellt mit dem Hinweis auf eine Bürgerbeteiligung den Antrag der CDU-Fraktion zunächst zurück.

Auch Herr Wittenburg zieht seinen Antrag zurück.

=> *Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sprechen sich dafür aus, die Entscheidung über den Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen" bis zum Herbst 2022 zu vertagen. Auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden wird zunächst besprochen, auf welche Weise eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen soll.*

9. HFA 08.06.2022

**5. Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen;  
hier: Änderung der Entgeltordnung zum 01.08.2022**

Vorlage Nr. VL 908/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Entgeltordnung der Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen ab dem 01.08.2022 gemäß Vorlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

9. HFA 08.06.2022

## 6. Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum

Vorlage Nr. VL 914/2022

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die geänderte Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

1. Die Gebühr für Studierende auf 2,00 € (anstatt 3,00 €) festgesetzt
2. Die Altersgrenze für Studierende (bis 26 Jahre) wird aufgehoben
3. Die Ermäßigung für die Studierende (2,00 €) wird auf Auszubildende erweitert

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

## 7. Konzept zur Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes 2022

Vorlage Nr. VL 920/2022

Herr Groß wiederholt die Kritik aus dem Fachausschuss. Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet sich der Auftrag des Rates, ein Konzept für ein klimaneutrales Stadtfest zu erstellen, in der Vorlage nicht wieder. Die meisten Ansätze sind viel zu unverbindlich als Empfehlung formuliert, die Verantwortung für die Umsetzung liegt letztlich bei den Händlern. Wenn schon aufgrund der fortgeschrittenen Zeit für 2022 keine inhaltlichen Änderungen mehr möglich sind sollte zumindest in der Überschrift / der Öffentlichkeit die Bezeichnung „klimaneutral“ nicht als Aufmacher verwendet werden.

Herr Fries verweist auf die Zielsetzung der Verwaltung, möglichst klimaschonend zu agieren. Es bedarf aber auch entsprechender Partner, die die Ziele mit tragen und sich nicht mit Forderungen überzogen fühlen. Er sieht das Konzept auf dem richtigen Weg, der in der Zukunft ausgebaut werden soll.

Bürgermeister Mues ergänzt, der städtische Part, um den es hier gehe, betreffe hauptsächlich das Mobilitätskonzept, welches er als gut einschätzt. Das Thema Abfallvermeidung und –trennung ist generell problematisch bei einer solchen Großveranstaltung. Das Attribut klimaneutral bezieht sich auf die vielen Kompensationsmaßnahmen und ist seines Erachtens durchaus zutreffend. Gegebenenfalls sollten die Ausrichter überlegen, wie eine andere Bezeichnung aussehen könnte.

Herr Groß hält es für wichtig, bei einem solchen Fest mit überregionaler Ausstrahlung auf die Außenwirkung zu achten. Er setzt sich dafür ein, auf die Bezeichnung „klimaneutral“ zu verzichten und eher „ressourcenschonend“ o. ä. zu verwenden.

Herr Sondermann kann angesichts der Kompensationsmaßnahmen die Bedenken nicht teilen, man könnte sich lächerlich machen. Als Vorreiter sollte die Stadt Siegen jetzt keinen Rückzieher machen, von dem möglicher Weise dann andere profitieren. Es in den nächsten Jahren noch besser zu machen bleibt unbenommen.

=> *Zusammenfassend wird an die Veranstalter appelliert, über die Bezeichnung „klima-neutral“ noch einmal nachzudenken.*

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Konzept zum Klimaneutralen Stadtfest 2022 zur Kenntnis und beschließt, für die Einrichtung eines entgeltfreien ÖPNV-Veranstaltungstickets als Anreiz für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs den Betrag von 21.400 Euro netto Euro zur Verfügung zu stellen sowie den Finanzbedarf für die zu bilanzierenden Kompensationskosten der diesjährigen Veranstaltung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

#### **8. Haushalt 2021 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlage Nr. VL 947/2022

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2021 Kenntnis.

**9. HFA 08.06.2022**

#### **9. „Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen hier:**

**Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“**

Vorlage Nr. VL 907/2022

Herr Bockemühl informiert über den Auftrag aus der Ausschussberatung heraus, die Vorgaben für die Anzahl der Fahrradstellplätze noch einmal zu überprüfen. Die Verwaltung schlägt daraus hervorgehend eine Änderung vor.

=> *Diese ist im Beschlussvorschlag für den Rat entsprechend ergänzt dargestellt.*

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der der Vorlage beigelegten Anlagen \*) und ergänzenden Erläuterungen.

\*) In Anlage Nr. 1 zu § 3 – Richtzahlentabelle wird in der Spalte „Zahl der Abstellplätze für Fahrräder“ geändert:

2.1 1 Abstpl. je 35 m<sup>2</sup> Nutzfläche

2.2 1 Abstpl. je 25 m<sup>2</sup> Nutzfläche

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**10. Wohnbauflächenentwicklung am Wellersberg  
Hier: Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN**

Vorlage Nr. VL 901/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwicklungsträgervertrag mit der Landesentwicklungsgesellschaft 'NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH' zur baulichen Entwicklung des Wohngebietes Wellersberg in der vorliegenden Fassung auf Basis der Erschließungsvariante 1 des Konzeptionsbeschlusses vom 24.06.2020.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Volt)**

**9. HFA 08.06.2022**

**11. Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024**

Vorlage Nr. VL 946/2022

Herr Schmidt merkt ergänzend zur Vorlage an, dass der Schulbetrieb in Teilen nur mit Ausnahmegenehmigungen erfolge und darüber hinaus an anderen Schulen Kinder abgewiesen werden müssen. Dies führe zu einer schwierigen Situation sowohl für die Schulen als auch für die Familien. Insofern ist eine in der Öffentlichkeit diskutierte zeitliche Verschiebung der Entscheidung keine Option. Im Fachausschuss wurde deutlich darauf hingewiesen, dass teilweise - bewusst – falsche Informationen verbreitet werden was zum Beispiel die Schüler-Lehrer-Relation oder Abgangsquoten betrifft. Zu den Stellungnahmen der Nachbarkommunen ist darauf hinzuweisen, dass schulpolitische Entscheidungen immer regionale Wechsel-



wirkungen auslösen und eine regionale Schulpolitik, wie sie von ihm seit Jahren eingefordert wird, erforderlich wäre.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zum Schuljahr 2023/2024 eine vierzügige Gesamtschule mit dem Namen „Gesamtschule Am Rosterberg der Stadt Siegen, Sekundarstufen I und II“ im gebundenen Ganztags zu errichten. Die Schule soll am Standort Rosterstraße 143, 57074 Siegen (Hauptstandort) errichtet werden, wächst sukzessive auf und wird schließlich dauerhaft mit einem Teilstandort (Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen) in horizontaler Gliederung geführt. Sie wird als Schule des Gemeinsamen Lernens eingerichtet.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die sukzessive Auflösung
  - der Achenbacher Schule, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Siegen, Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen (Schulnummer: 150228),
  - der Realschule Am Oberen Schloss, Ganztagsrealschule der Stadt Siegen, Burgstraße 10 – 14, 57072 Siegen (Schulnummer: 163600) und
  - der Realschule Auf der Morgenröthe der Stadt Siegen, Höllenwaldstraße 100, 57080 Siegen (Schulnummer: 163582)mit Ablauf des 31.07.2023.

Die Auflösungsmaßnahmen werden solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb an den Schulen gewährleistet werden kann.

3. Für die schulorganisatorischen Maßnahmen zu 1. und 2. ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuleiten.

**Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 3 dagegen (UWG, FDP, GfS), 1 Enthaltung (AfD)**

**9. HFA 08.06.2022**

**12. Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung**

**12.1 Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung**

Vorlage Nr. VL 647/2022 B

**Beschlussvorschlag:**

Gemäß Vorlage Nr. 647/2022 A

**12.2 Ergänzung der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bezüglich Vertretungsregelung**

Vorlage Nr. VL 647/2022 A

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung mit der Ergänzung einer Vertretungsregelung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie die Umbenennung des Beirates der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat.

Aufgrund der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung beschließt der Rat der Universitätsstadt Siegen einmalig, dass der Bewerbungsvorgang bis zum 26.08.2022 abgeschlossen ist und der Rat den Inklusionsbeirat am 14.09.2022 benennt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c/ Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"**

Vorlage Nr. VL 955/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 56.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

**14. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme "Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule"**

Vorlage Nr. VL 918/2022

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NRW in Höhe von 150.000 Euro auf K030102001 (Finanzplan) und in Höhe von 100.000 Euro auf A011302203 (Ergebnisplan) für die Baumaßnahme „Erweiterung und Sa-

nierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule“. Die Deckung in Höhe von 100.000 Euro erfolgt aus A011302202 - BVS Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -. Die Deckung in Höhe von 150.000 Euro erfolgt aus K030108005 - Bertha von Suttner Gesamtschule Giersbergstr. - Umbau Barrierefreiheit -.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**

**9. HFA 08.06.2022**

gez.  
Bürgermeister

gez.  
Schriftführerin

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26

Abschlussbericht des

**Arbeitskreises Aufarbeitung der historischen  
Hintergründe von Straßennamen**

des Rates der Stadt Siegen

27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

## Inhalt

Einleitende Betrachtung.....	3
Kategorisierung von Straßennamen.....	4
Ergebnis der Kategorisierung .....	6
Kategorie A .....	6
Kategorie B .....	6
Kategorie C .....	7
Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild .....	7
Empfehlungen des AK Straßennamen.....	10
Erläuterungen zu den Empfehlungen.....	10
Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen.....	11
Beteiligung der Öffentlichkeit .....	11
Anhang .....	12
Kategorie A .....	12
Kategorie B .....	22

60

## 61 Einleitende Betrachtung

62 Im Jahr 2008 befasste sich ein Arbeitskreis „Straßennamen“ mit der Aufarbeitung historischer  
63 Straßenbezeichnungen und deren Kommentierung durch Zusatzschilder und eine Publikation,  
64 wobei die Ergebnisse nicht zur Beschlussfassung gebracht wurden. In seiner Sitzung vom  
65 24.06.2020 hat der Rat der Stadt Siegen die Wiedereinsetzung eines Arbeitskreises  
66 „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Auseinandersetzung mit  
67 kritischen Straßenbezeichnungen beschlossen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am  
68 17.03.2021 darüber hinaus einen BürgerInnenantrag, Frauen im Stadtbild sichtbarer zu  
69 machen, an den Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von  
70 Straßennamen“ verwiesen.

71

72 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ kommt mit  
73 diesem Abschlussbericht seinem Auftrag nach, die politischen Gremien bei ihren Beratungen  
74 und Entscheidungsfindung mit Hintergrundinformationen und Handlungsempfehlungen zu  
75 unterstützen.

76 Der Arbeitskreis hat sich ganz zu Beginn mit dem aktuellen Stand der Forschung und der  
77 wissenschaftlichen Fachliteratur zum Thema Straßenbenennung im öffentlichen Raum und  
78 dem Erinnerungs- und Ehrungscharakter von solchen Benennungen beschäftigt. Dabei stand  
79 die bestehende Praxis in Städten wie beispielsweise Augsburg, Karlsruhe, Freiburg, Kiel,  
80 Darmstadt und anderen im Vordergrund. Er hat sich auch mit der Frage beschäftigt, welche  
81 Funktion die Benennung einer Straße nach einer Person erfüllt. Dabei ist festzuhalten, dass  
82 Straßenbenennungen immer vor dem Hintergrund des Zeitgeistes entstanden und damit auch  
83 ein Stück historische Realität geworden sind, die man nicht aus der Geschichte ausradieren  
84 darf. Aus heutiger Sicht werden Aspekte in den Biographien der Straßennamensgeber aber oft  
85 anders bzw. erstmals bewertet, nachdem der Zeitgeist des Benennungszeitpunktes die  
86 Biographien anders beurteilte.

87 Solche Aspekte hat der Arbeitskreis geprüft und im Einzelfall auch als unterschiedlich  
88 belastend gewertet.

89 Mit den Empfehlungen des Arbeitskreises ist ausdrücklich keine Bewertung der  
90 Gesamtlebensleistung der diskutierten Persönlichkeiten verbunden. Es ist aber unverzichtbar,  
91 als problematisch anzusehende Aspekte in einzelnen Biographien kritisch zu prüfen und zu  
92 bewerten. Die Benennung einer Straße nach einer Person ist nämlich eine der höchsten  
93 Ehrungen, die eine Stadt einem Bürger oder einer Bürgerin gewähren kann. Ziel der Arbeit des  
94 AK ist daher die Einordnung, ob die Ehrung einer Person nach heutigen gesellschaftlich,  
95 freiheitlich-demokratischen Wertmaßstäben auf Grund einer Belastung aus der NS-Zeit noch  
96 angemessen ist oder ein Handlungsbedarf seitens der Stadt Siegen besteht.

97 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ hat in  
98 insgesamt zehn Sitzungen – trotz sehr unterschiedlicher politischer Grundhaltungen –  
99 konstruktiv diskutiert und sämtliche Beschlüsse weitgehend einvernehmlich und überwiegend  
100 einstimmig gefasst.

101

102

## Kategorisierung von Straßennamen

Dem Arbeitskreis war von vorneherein klar, dass seine Empfehlungen im Rat und in der Öffentlichkeit, insbesondere aber auch bei den Nachkommen der diskutierten Straßennamensgeber teils auch emotional diskutiert werden. Es bestand deshalb von vorneherein Einigkeit im AK, dass seine Empfehlungen fachlich und logisch begründbar sein müssen und dass die angelegten Kriterien rational und unabhängig von individuellen Einschätzungen nachvollzogen werden können.

Zunächst hat sich der Arbeitskreis einvernehmlich darauf geeinigt, bei der Bewertung von Straßennamen den Fokus auf NS-Belastungen im weitesten Sinne zu richten. Dies betrifft in der NS-Zeit auffällig gewordene Personen wie auch Vorreiter des Nationalsozialismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Damit kommt der Arbeitskreis der allgemeinen Einschätzung nach, dass gerade NS-belastete Straßennamen und die Information über die Hintergründe der Benennungspraxis von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung sind.

Nicht zum Arbeitsprogramm gehörten Personen, die nach Sachlage durch ihr Handeln diskussionswürdig erscheinen, aber nicht im Kontext des Nationalsozialismus und dessen Vorläufern standen. Ebenfalls ausgeklammert wurden Persönlichkeiten etwa bis zur Reichsgründung 1871, obwohl deren Verhalten ebenfalls aus heutiger Sicht hinterfragbar und kritikwürdig war. Nach diesem Raster wurde zum Beispiel der Dichter Ernst Moritz Arndt als Straßennamensgeber nicht diskutiert, obwohl es dazu Anlass gäbe. Dasselbe gilt für den ehemaligen Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach als Exponent Siegener Geschichte im 20. Jahrhundert, der aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen nicht Mitglied der NSDAP war und als politisch tätiger Mensch zwischen 1933 und 1945 nicht in Erscheinung trat.

Die schließlich diskutierte Personenliste wurde vom Vorsitzenden des AK erstellt und von den Mitgliedern sowie dem Stadtarchiv gemäß der genannten Kriterien ergänzt. Insgesamt handelte es sich um 23 Personen.

Der AK hat dem entsprechend nach längerer Diskussion und in Anlehnung an das Vorgehen anderer Städte ein System der Kategorisierung von Straßennamensgebern entwickelt, das die Namensgeber in die Kategorien A, B und C einteilt. Die Kategorien bedeuten:

Kategorie A: schwere Belastung, Umbenennung empfohlen

Kategorie B: Belastung, Kommentierung (am Straßenschild und online)

Kategorie C: keine oder marginale Belastung, kein Handlungsbedarf

Um eine begründete, nachvollziehbare und transparente Kategorisierung durchzuführen, wurden alle betreffenden Personen nach einem speziellen Kriterienkatalog geprüft. Diese orientierten sich an den Prüfkriterien anderer Kommunen (Augsburg, Darmstadt, Freiburg, Hamburg, Mainz). Dies waren:

- Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation

- Inhaber eines hohen Amtes in der NS-Zeit, Führungsposition oder Aktivität (über reine Mitgliedschaft hinaus) in NSDAP, öffentlicher Verwaltung oder NS-Organisationen
  - Aktive Unterstützung und Förderung des Nationalsozialismus und des NS-Staates und direkte Beteiligung an Verbrechen in diesem Kontext
  - Aktive Verbreitung von NS-Ideologie (Antisemitismus, Rassismus, Führerkult, Militarismus) und / oder propagandistisches Wirken
  - Vertreter eines extremen Militarismus / Kriegsverherrlichung
  - extreme gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Theorie und Praxis (insbesondere Antisemitismus und Rassismus, auch Frauenfeindlichkeit)
  - persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher Profit durch den Nationalsozialismus bzw. dessen gezielte Ausnutzung zum eigenen Profit
  - gezielte Schädigung von Personen im Kontext der NS-Politik, die insbesondere aus heutiger Sicht moralisch oder strafrechtlich zu verurteilen sind (Denunziation, Mitwirkung an Verbrechen, Verantwortung am Einsatz von Zwangsarbeitern, Schädigung von Juden und Oppositionellen)
- Als erschwerend wurde es zudem gewertet, wenn eine Person nach dem Ende der NS-Diktatur keine Reue zeigte, später Falschaussagen über die NS-Zeit tätigte oder keine Abkehr von der NS-Ideologie zeigte.

Der AK prüfte, ob eines oder mehrere Kriterien auf die diskussionswürdigen Personen zutrafen. Dabei wurde die Intensität der individuellen Belastung durch Handlungen während der NS-Zeit bzw. bei deren Vorläufern eingestuft. Im Ergebnis kommt der Arbeitskreis zur Einordnung der Personen in die oben angeführten Kategorien A, B und C. Dabei ist dem Arbeitskreis sehr bewusst, dass jede Person in ihrer Verstrickung individuell zu bewerten ist und das Raster der Kategorisierung Fragen von tatsächlicher Belastung oder kritischer Aspekte in einer Biographie manchmal nur schematisch abbilden kann.

Tatsache ist auch, dass das historische Umfeld einiger zu untersuchender Personen in manchen Fällen nur unzureichend erforscht sind.

Ebenso stand der Arbeitskreis vor der Frage, ob es möglich ist, in einer Art moralischer Bilanz schlechte Taten aus der Zeit des Dritten Reiches mit guten Taten vor der NS-Zeit oder in der Nachkriegszeit aufzurechnen. Der Arbeitskreis hat die Möglichkeit einer solchen Aufrechnung des Verhaltens im Dritten Reich mit der Gesamtlebensleistung ausdrücklich verneint.



## 177 Ergebnis der Kategorisierung

178

### 179 Kategorie A

180

181 In die Kategorie A hat der Arbeitskreis die Adolf-Wagner-Straße, die Bergfriederstraße, die  
182 Hindenburgstraße, die Diemstraße, die Lothar-Irle-Straße, die Porschestraße und die  
183 Stoeckerstraße eingestuft.

184 Wird eine der nachfolgenden Straßen umbenannt, so wird die Anbringung eines kleinen  
185 Erläuterungsschildes empfohlen, auf dem der alte Straßename, der Zeitpunkt der  
186 Umbenennung und der Hintergrund kurz dargestellt werden. Auf diese Weise wird eine  
187 Umbenennung kein Vergessen oder Tilgen von Geschichte. Das ist auch nicht beabsichtigt.  
188 Vielmehr wird auf das Handeln der Stadt zur Stärkung wie auch Festigung zeitgemäßer,  
189 demokratischer Werte aufmerksam gemacht und die Umbenennung bleibt langfristig im  
190 kollektiven Gedächtnis der Bürgerschaft erhalten. Die in die Kategorie A eingestuften  
191 Straßennamen werden zur Umbenennung empfohlen.

192

### 193 Kategorie B

194

195 Die in die Kategorie B eingestuften Straßennamen sollten nach Ansicht des Arbeitskreises  
196 nicht geändert werden. Die Belastungen der hier eingestuften Personen ist gegenüber denen  
197 aus der Kategorie A weniger gravierend. Allerdings sind sie kritisch zu kommentieren, um die  
198 Zusammenhänge um die NS-Belastung der betreffenden Straßennamensgeber zu erläutern  
199 und sichtbar zu machen. Hierzu sollten die Straßennamen mit erklärenden Schildern und QR-  
200 Codes mit Verweis auf weitergehende Informationen und Literaturhinweise im Internet  
201 versehen werden. Nach heutigen Maßstäben würde eine Benennung der Straßen nach den im  
202 Folgenden genannten Personen und Ereignissen nicht mehr erfolgen.

203 Der Arbeitskreis hat die Adolf-Saenger-Straße, die Carl-Dresler-Straße, die Dr. h.c.Karl-  
204 Barichstraße, die Hans-Kruse-Straße, den Otto-Krasa-Weg, die Ostlandstraße und die  
205 Tannenbergstraße in die Kategorie B eingeordnet.

206 Die Straßennamensgeber der Kategorie B sind unabhängig vom Grad ihrer Belastung  
207 erklärungsbedürftig. Dies sollte mit erklärenden Zusatzschildern und / oder über einen  
208 biographischen Eintrag im Internet stattfinden.

209 Die Belastungen der in die Kategorie B eingestuften Persönlichkeiten ist gegenüber denen aus  
210 der Kategorie A nicht so gravierend, dass man ihre Gesamtlebensleistung nicht in einen  
211 Kontext mit ihrer Belastung stellen kann.

212 Ein Biographieteil mit weiteren Details zu den Persönlichkeiten der Kategorien A und B findet  
213 sich im Anhang.

214

## Kategorie C

Als unbelastet oder nur minderschwer belastet wurden in die Kategorie C eingestuft:

Adolf-Wurmbachstraße Freystraße, Hermann-Böttger-Weg, Virchowstraße, Gorch-Fock-Straße, Graf-Luckner-Straße, Hermann-Löns-Weg, Paul-Bonatz-Straße, Walter-Flex-Straße, Gerhart-Hauptmann-Weg.

In diesen Fällen besteht kein Handlungsbedarf. Die Straßennamen können beibehalten werden und eine Kommentierung ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht erforderlich. Im Falle von Adolf Wurmbach regt der Arbeitskreis an, diese für die Siegener Geschichte wichtige Persönlichkeit an einem geeigneten Ort in Geisweid besonders differenziert darzustellen. Als Präsentationsform könnte eine größere Texttafel in Frage kommen.

## Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild

Der Rat hat den Arbeitskreis mit der Bearbeitung des Bürger/innenantrages „Präsenz von Frauen im Siegener Stadtgebiet“ beauftragt. Er legt mit diesem Abschlussbericht eine Liste von Frauen aus den verschiedensten Gruppen vor, die für eine Ehrung durch eine Straßenbenennung in Frage kommen. Es ist dennoch unverzichtbar, auch die Rolle von Frauengruppen in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Siegen näher zu beleuchten.

Zu diesen Gruppen gehören die „Erzengel“, die Frauen, die in den Eisenerzgruben die Erzbrocken sortierten. Der Begriff „Erzengel“ ist in verschiedenen Regionen für dieselbe Personengruppe gut dokumentiert. Ebenso sollten die Frauen, die im Zweiten Weltkrieg als Arbeiterinnen für die Rüstungsindustrie verpflichtet wurden und die Frauen, die als Helferinnen im Zentralen Durchgangslager auf dem Wellersberg arbeiteten berücksichtigt werden. Dabei dürfen auch die Zwangsarbeiterinnen aus der Tschechoslowakei, Russland, der Ukraine und anderen besetzten Staaten nicht ausgeklammert werden. Dies kann sowohl über die Ehrung durch einen Straßennamen bzw. durch eine Gedenktafel erfolgen, aber auch durch historische Forschungen.

Um eine Belastung möglicher Namenspatinnen für Siegener Straßen auszuschließen erfolgte eine Prüfung potenzieller Straßennamensgeberinnen anhand von Kriterien für Straßenbenennungen nach Personen, die der Arbeitskreis erarbeitet hat. (vgl. Anlage 1)

Der Arbeitskreis hat folgende Frauen als Straßennamensgeberinnen positiv diskutiert:

Braun, Emmi (1887-1967)	Als eine der ersten Frauen überhaupt als Mitglied des Stadtverordnetenversammlung gewählt und in der Kommunalpolitik aktiv.
Dresler, Charlotte (1784-1853)	Mit Gründung des Evangelischen Frauenvereins in Siegen wirkte Charlotte Dresler maßgeblich bei der Gründung einer wichtigen Institution mit, die sich der Unterstützung armer Frauen im Verlauf der Industrialisierung widmete.

Dresler, Frieda (1814-1866)	In der Nachfolge ihrer Mutter Charlotte konnte Frieda Dresler durch ihre Position als Präsidentin des Evangelischen Frauenvereins u.a. die Gründung einer Nähsschule sowie Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder umsetzen. Genau wie ihre Vorgängerin wirkte sie damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen im Verlauf der Industriellen Revolution.
Fiedler, Hilde (1919-2011)	Die Wahl Hilde Fiedlers zur ersten Bürgermeisterin Siegens stellt einen Meilenstein der Stadtgeschichte dar. Sie wird daher nicht in erster Linie für ihre Amtsführung oder sonstige Leistungen geehrt, sondern als erste Frau in der Position gewürdigt.
Giehse, Therese (1898-1975)	Vor dem Hintergrund ihres Engagements gegen die Nationalsozialisten und ihrer ersten Auftritte als Schauspielerin in Siegen wird Therese Giehse in die Liste aufgenommen.
Heinzerling, Hedwig (1882-1973)	Als langjährige Stadtverordnete und Gründungsmitglied der hiesigen FDP gehörte Hedwig Heinzerling zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt und erwarb sich zudem große Verdienste im Bereich des Schul- und Bildungswesens.
Hellmann, Anna Cäcilia Wilhelmine (1869-1957)	Als Abgeordnete der Zentrumspartei in der Stadtverordnetenversammlung zählt sie zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt. Darüber hinaus war sie in vielen katholischen Vereinen teils an verantwortlicher Stelle tätig.
Herter, Dina (1883-1969)	Als Begründerin der gleichnamigen Stiftung schuf sie ein bedeutendes Sozialwerk für ältere Menschen in Siegen.
Köhne, Elisabeth (1895-1985)	Sie wird insbesondere wegen ihrer Verdienste im Bereich der Kultur in Siegen in die Liste aufgenommen.
Lenz, Margarethe (1899-1986)	Aus Niederschelden stammend, zeigte Lenz stets großes Engagement für Frauenrechte. Vor den Nationalsozialisten ins Ausland geflohen, wurde ihr in den 1950er-Jahren, als erst dritte Frau überhaupt, der Rang einer Konsulin in Linz verliehen.
Petersen, Charlotte (1904-1994)	Insbesondere als Gegnerin des Nationalsozialismus in Erscheinung

	getreten, ist ihr Einsatz für die Opfer des Konzentrationslagers Wapniarka besonders hervorzuheben. In Dillenburg wird sie durch die Charlotte-Petersen-Medaille geehrt.
Pross, Helge (1927-1984)	Sie hat sich große Verdienste als Pionierin der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Siegen erworben, mit der Universität Siegen sollte zwecks einer Ehrung Kontakt aufgenommen werden.
Rubens, Maria (1538-1608)	Als Mutter von Peter Paul Rubens sorgte sie unter schwierigsten Umständen für das Überleben ihrer Familie wie die Freilassung ihres Mannes. Ohne Maria Rubens Einsatz für ihren Ehemann wäre Peter Paul Rubens nicht in Siegen geboren worden.
Stolberg, Wernigerode, Juliane von (1506-1580)	Als historische Figur des Hauses Nassau-Oranien nahm sie großen Einfluss auf die Entwicklung des Territoriums.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auflistung nicht vollständig und abgeschlossen sein kann. Die Liste versteht sich daher als erste Empfehlung für Straßenbenennungen nach Frauen. Der Auftrag des Rates kann naturgemäß nicht abschließend abgearbeitet werden. Wir empfehlen, die Ziele des Antrages als weiter zu verfolgendes Ansinnen des Bürgerinnenantrags als ständige Aufgabe Siegener Erinnerungskultur zu verstehen.

## Empfehlungen des AK Straßennamen

- Der Arbeitskreis empfiehlt die in die Kategorie A aufgenommenen Straßennamen mehrheitlich zur Umbenennung.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die Anbringung einer kommentierten Beschilderung mit QR-Code (Verweis auf biographischen Text) an den Straßenschildern bei Kandidaten der Kategorie B.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die in der Liste empfohlenen Frauen als Straßennamensgeberinnen für Straßen und Plätze im öffentlichen Raum.
- Der Arbeitskreis empfiehlt der Verwaltung, einen Leitfaden zur Straßen(um)benennung zu erstellen.
- Bei Straßenumbenennungen sollte auf die vom Arbeitskreis erarbeiteten Kriterien zurückgegriffen werden.
- Der Arbeitskreis rät dringend dazu, die Anstrengungen bei der Erforschung der jüngeren Siegener Stadtgeschichte zu intensivieren. Der AK empfiehlt die Ausschreibung eines jährlich zu vergebenden mit einem symbolischen Preisgeld dotierten Studienpreises, der für qualifizierte Studien- und Forschungsarbeiten zu stadthistorischen Fragestellungen ausgeschrieben wird. Diese Studienarbeiten können an Universitäten ebenso entstehen wie auf der Basis privater Forschungen. Kriterium für die Preisvergabe sollte die wissenschaftliche Belastbarkeit sein. Der Arbeitskreis nennt hier beispielhaft die Forschungslücken bei stadthistorisch bedeutsamen Personen insbesondere bei Frauen und Frauengruppen.
- Der Arbeitskreis regt an, ein städtisches Geschichtsportal zu erstellen. In diesem Geschichtsportal könnte ein regionales Personen-Wiki enthalten sein, das sich besonders mit den Namenspatengebern der Kategorien A und B auseinandersetzt und die Entscheidungsprozesse und Beschlüsse zu Straßennamen transparent und öffentlich nachvollziehbar macht.

## Erläuterungen zu den Empfehlungen

Im Rahmen des Ratsauftrages hat sich der Arbeitskreis mit NS-belasteten Straßennamen beschäftigt. Diese Einschränkung führte dazu, dass sich der Arbeitskreis nicht mit (potenziellen) Straßennamen beschäftigt hat, die jenseits des NS-Kontextes diskussionswürdig sind. Auch diese Diskussionen sind jedoch im Sinne der Erinnerungskultur notwendig.

Das angeregte städtische Geschichtsportal könnte auch hier der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und die Diskussion über Stadtgeschichte dienen. Hier sollte die Biographieforschung und damit verbunden die Straßennamenspraxis eine zentrale Rolle spielen.

Die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Benennung von Straßen, Plätzen und nichtpostalischen Orten nach ihnen ist ein zentraler Baustein städtischer Erinnerungskultur. Noch nicht abgeschlossen ist die Diskussion, wer und welche Gruppen ehrungswürdig sind und ob sich Ungerechtigkeiten aus der bisherigen Nichtberücksichtigung von Personen oder Gruppen ergeben. Insofern ist auch die im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag zur Umbenennung der Fissmer-Anlage zugesagte, aber nicht begonnene Auseinandersetzung mit der Siegener Verwaltungsgeschichte am Beispiel des Oberbürgermeisters Alfred Fissmer und

von Personen wie dem Stadtoberinspektor Wilhelm Langenbach notwendig, um auch hier die Grundlagen für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Personen und Themen zu schaffen. Das angeregte städtische Geschichtsportal soll der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und der Diskussion über Stadtgeschichte dienen.

#### Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen

Der Arbeitskreis ist sich bewusst, dass Straßenumbenennungen für die Anwohner und Anlieger der betroffenen Straßen erhebliche Probleme mit sich bringen können. Hier ist nach Ansicht des AK durch die Verwaltung frühzeitig ein Servicepaket zu erstellen, das den Betroffenen die bürokratischen Lasten und Kosten soweit wie möglich minimiert. Es sollten den Betroffenen nach Möglichkeit keine Gebühren entstehen.

#### Beteiligung der Öffentlichkeit

Der weitere Prozess sollte gerade für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner transparent und öffentlich verlaufen. Dafür sind bei Bedarf auch Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen zu organisieren. Eine sachliche, öffentliche und moderierte Diskussionen über Ehrungen im öffentlichen Raum ist aus Sicht des Arbeitskreises ausdrücklich erwünscht.

## Anhang

### Kategorie A

#### **Adolf-Wagner-Straße**

Benannt nach: Adolf Wagner

Jahr der Benennung: 1927

Zur Person: Adolf Wagner, geboren 1935 in Erlangen, war Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Heidelberg von 1853-1857 war er zunächst Dozent ab 1858 an der Handelsakademie in Wien und ab 1863 an der kaufmännischen Fortbildungsgesellschaft in Hamburg. 1865 wurde er ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik in Dorpat und 1868 in Freiburg. Von 1870-1917 versah er die Professur für Staatswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Kameralistik in Berlin. Wagner war ein führendes Mitglied des Konservativen Central-Comitees, das sich zur antisemitischen Berliner Bewegung formierte. Hier wirkte er unter anderem mit Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke zusammen. Auch wurde er 1881 Mitglied in Stoeckers Christlich-Sozialen Partei. Von 1882 bis 1885 war Wagner Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sowie ab 1910 Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er starb 1917 in Berlin.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Wagner war Parteigänger führender Antisemiten im Deutschen Reich, Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke. Er ist als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusehen.

Literatur in Auswahl:

Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian u.a. (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Band 1: Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918, Kassel 2010, in: URL: Microsoft Word - Biolex<http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-038-6.volltext.frei.pdf>-Titel-Inhalt.doc (uni-kassel.de) [aufgerufen 17.02.2022]

#### **Bergfriederstraße**

Benannt nach: Jakob Henrich

Jahr der Benennung: 1957

Zur Person: „Bergfrieder“ ist das Pseudonym des Heimatautors Jakob Henrich (1862-1961). Geboren in Eisern war er von 1889 bis 1924 Volksschullehrer in Krombach. Darüber hinaus trat er als Heimatforscher und Dichter in Erscheinung. Politisch war Henrich zunächst in der christlich-sozialen Partei Adolf Stoeckers, danach seit mindestens 1921 bis 1930 in der deutschnationalen Volkspartei aktiv. 1929 beteiligte er sich an dem Volksbegehren gegen „Young-Plan und Kriegsschuldlüge“ der rechten Parteien. Von 1930 bis 1933 gehörte er dem „Evangelischen Volksdienst“ (EVD), einem antisemitischen Flügel des „Christlich-Sozialen

380 Volksdiensts“, an. Nach 1933 sind weder eine Parteizugehörigkeit noch eine Verbindung zu  
381 den Nationalsozialisten nachzuweisen.

382 Jakob Henrich publizierte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelmäßig in der  
383 Tageszeitung „Das Volk“ (Stoecker-Zeitung), Rubrik „Ausguck“. Dabei vertrat er dezidiert  
384 antisemitische Auffassungen im Sinne eines Adolf Stoecker, zum Beispiel:

385 „Für Ahasver (den ewigen Juden!) sind die Rauch- und Rauschgifte nur Mittel zum Zweck, um  
386 die feinsten Nerven und den Willen der Wirtsvölker zu töten und die Betäubten ganz zu  
387 fesseln.“ (1925)

388 Anlässlich seines 90. Geburtstages (1952) wurde Jakob Henrich zum Ehrenbürger seines  
389 Geburtsorts Eisern ernannt und zu seinem 95. Geburtstag (1957) erhielt er das  
390 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

391 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

392 Henrich war extremer Antisemit und verbreitete sein aggressiv antisemitisches Gedankengut  
393 über Jahre hinweg über Publikationen in der Gesellschaft. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg  
394 behielt er diese Ansichten bei, so dass keine Reue oder Selbstreflektion zu erkennen sind.

395 Literatur in Auswahl:

396 Henrich, Jakob, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen  
397 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
398 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
399 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

400

## 401 **Diemstraße**

402 Benannt nach: Carl Diem

403 Jahr der Benennung: 1975

404 Zur Person: Carl Diem, geb. 1882 in Würzburg, trat seit seiner Gründung des Sportvereins SC  
405 Markomannia Berlin im Jahr 1899 in vielfältiger Weise als Sportfunktionär in Erscheinung.  
406 1913 rief er die Verleihung „Deutsches Sportabzeichen“ ins Leben und wurde Generalsekretär  
407 des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“. Im Jahr 1916 plante er die  
408 Olympischen Spiele 1916 in Berlin, die wegen des Ersten Weltkriegs nicht stattfanden. 1920  
409 fanden erstmal die von ihm angeregten Reichjugendwettkämpfe, Vorläufer der heutigen  
410 Bundesjugendspiele, statt. Auch engagierte er sich maßgeblich an der Gründung der  
411 Deutschen Sporthochschule für Leibesübungen in Berlin, der ersten Sporthochschule  
412 weltweit, als deren Prorektor er fungierte. Diem wirkte bei den Olympischen Spielen 1928 und  
413 1932 als Missionschef der deutschen Olympiamannschaften. 1933 verlor er sein Amt als  
414 Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen und musste als Prorektor der  
415 Sporthochschule zurücktreten, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. 1934 stuften  
416 die Nationalsozialisten ihn als „politisch unzuverlässig“ ein, vermutlich wegen der jüdischen  
417 Verwandten seiner Ehefrau. Nichtsdestotrotz wirkte er maßgeblich an der NS-Propaganda  
418 mit. So wirkte Diem als Generalsekretär des Organisationskomitees seit 1933 entscheidend an



der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele 1936 mit. Auf ihn geht der bis heute praktizierte Fackellauf zu Beginn der Spiele zurück. Von 1936 bis 1945 war er Leiter des Internationalen Olympischen Instituts in Berlin. 1939 erhielt Diem die Leitung der Auslandsabteilung des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen. Seine Publikationen und Äußerungen dieser Zeit folgten dem Duktus der NS-Ideologie mit Sätzen wie „Sport ist freiwilliges Soldatentum“. Unter seinen Veröffentlichungen ist das Werk „Olympische Flamme“ (1942) hervorzuheben, das als wichtiges Zeitdokument nationalsozialistischer Sportpropaganda gilt. Militärisch begeistert, wenn auch nie Soldat geworden, meldete sich Diem 1944 mit über 60-jährig freiwillig zum Volkssturm. Kurz vor Kriegsende spornte er Mitglieder der Hitlerjugend auf dem Reichssportfeld in Berlin zu einem „finalen Opfergang für den Führer“ an. In den folgenden Tagen kamen mehrere hundert Jugendliche im aussichtslosen Kampf gegen sowjetische Panzer in der Nähe des Reichssportfelds ums Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Diem 1947 Rektor der von ihm gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln. 1950 bis 1953 war er zudem Sportreferent im Bundesinnenministerium und erhielt 1953 das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. 1956 verlieh ihm das Internationale Olympische Komitee den Olympischen Orden. Diem verstarb 1962 in Köln.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Diem förderte in seiner Funktion als Sportfunktionär den NS-Staat und unterstützte maßgeblich dessen Propaganda. Er wirkte in führender Position an der Gleichschaltung von Verbänden und der Einführung des Führerprinzips mit. Schließlich verklärte er Sport als freiwilliges Soldatentum und mobilisierte zu Kriegsende 1945 Hitlerjungen zu einem finalen Opfergang für den Führer.

Literatur in Auswahl:

Becker, Frank: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), vier Bde., Duisburg 2009–2011.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungspolitik oder kritische Forschung? Der Streit um Carl Diem, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011) 3, S. 197-296.

Schäfer, Ralf: Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus. Carl Diem und die Politisierung des bürgerlichen Sports im Kaiserreich, Berlin 2011.

## **Hindenburgstraße**

Benannt nach: Paul von Hindenburg

Jahr der Benennung: 1915

Zur Person: Paul von Hindenburg, geb. am 2. Oktober 1847, trat nach dem Besuch des Gymnasiums in die Kadettenanstalt in Wahlstatt ein. Er nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. Am Ende seiner wechselvollen Militärlaufbahn hatte er den Rang eines kommandierenden Generals erreicht und trat 1911 aus dem Militärdienst aus. Wenige Wochen nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er am 21. August 1914 zurückgeholt.

Er erhielt den Oberbefehl über die 8. Armee mit Erich Ludendorff als Chef des Stabes. In der Schlacht bei Tannenberg (26.-30. August 1914) schlug er die 2. Russische Armee vernichtend, was ihm den nachwirkenden Mythos des „Siegers von Tannenberg“ einbrachte. Die 1. Russische Armee besiegte er wenig später in der Schlacht an den Masurischen Seen (6.-15. September 1914). Erfolgte am 1. November 1914 zunächst seine Ernennung zum Oberkommandanten über alle deutschen Truppen der Ostfront (OberOst), so erhielt Hindenburg am 29. August die Oberste Heeresleitung (OHL). In letzterer Position trug er maßgebliche Verantwortung u. a. für den uneingeschränkten U-Bootkrieg sowie die Ablehnung eines Verständigungsfriedens wie auch eines harten Gewaltfriedens. Nach Kriegsende propagierte Hindenburg im Reichstag die „Dolchstoßlegende“ in den Rücken des „unbesiegten“ Heeres durch links politische Agitation, Streiks und Sabotagen, was zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1918 führte. Die Dolchstoßlegende sollte während der gesamten Zeit der Weimarer Republik ein wesentlicher Teil rechts-nationaler Propaganda sein. Hindenburg zog sich 1919 in den Ruhestand zurück, bis ihn 1925 rechte Parteien zur Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 drängten. Er gewann die Wahl und nahm das Amt an, obwohl er grundlegend monarchische und antiparlamentarische Auffassungen vertrat. Seit 1930 setzte Hindenburg mehrere von sich abhängige Reichskanzler ein (Brüning, Papen, Schleicher). Um einen Reichspräsidenten Hitler zu verhindern, wurde Hindenburg 1932 auch von demokratischen Kräften wiedergewählt. Den Reichstag selbst destabilisierte der Reichspräsident allerdings durch mehrfache Auflösungen des Parlaments, in dem sich bei der Wiederwahl 1932 schließlich keine demokratische Mehrheit mehr fand.

Am 30.01.1933 ernannte Hindenburg schließlich Adolf Hitler zum Reichskanzler, im Übrigen bei klarem Verstand und selbstbestimmt. In den kommenden Monaten schuf Hindenburg durch seine Zustimmung zu mehreren Gesetzen und Verordnungen entscheidende Grundlagen zur Etablierung der NS-Diktatur mit ihrer judenfeindlichen Politik. Dies waren: 28.02.1933 Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“; 24.03.1933 „Ermächtigungsgesetz“, Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“: „Art. 2: Von der Regierung beschlossene Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen.“; 01.04.1933 Boykott jüdischer Geschäfte; 07.04.1933 Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: „§ 3: (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ 22.04.1933 Berufsverbot für jüdische Kassenärzte. In seinem „politischen Testament“ vom 11. Mai 1934 zog Hindenburg ein positives Fazit über die damit vollzogene Einrichtung der NS-Diktatur und war sich der Richtigkeit seiner letztendlichen Entscheidung sicher: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ (Pyta 2007, S. 867) Paul von Hindenburg starb am 2. August 1934 und wurde im Denkmal von Tannenberg beigesetzt (seit 1945 Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche).

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Hindenburg trat als Angehöriger der obersten Heeresleitung Ende des Ersten Weltkriegs einem vorzeitigen Kriegsende mittels Verständigungsfrieden entgegen. Mit der Förderung der Dolchstoßlegende trug er zur Mobilisierung antidemokratischer Kräfte und damit der

501 Zerstörung der Weimar Republik bei. Mit der Auflösung des Reichstags als Reichspräsident  
502 1930 bahnte er entscheidend den Weg für eine politische Radikalisierung und  
503 Destabilisierung. Es folgte in der aktiven Mitverantwortung des Entscheiders Hindenburg die  
504 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933. Er genehmigte schließlich mehrere Gesetze,  
505 darunter Ermächtigungsgesetz, die Grundlagen zur Einrichtung der Diktatur schufen. Damit  
506 trug er maßgeblich zur Zerstörung der Republik und zur Begründung der NS-Diktatur bei.  
507 Wenn er auch nicht alleiniger „Steigbügelhalter“ Hitlers und dessen Parteigänger war, leistete  
508 er mit seinem Verhalten, seinen Ansichten und seinen Entscheidungen Grundlagen zum  
509 Aufstieg der Nationalsozialisten.

510 Literatur in Auswahl:

511 Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

512 Pyta, Wolfram: „Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden  
513 können“, in: Historische Zeitschrift 312 (2021) Heft 2, S. 1–51.

514

## 515 **Lothar-Irle-Straße**

516 Benannt nach: Lothar Irle

517 Jahr der Benennung: 1975

518 Zur Person: Lothar Irle, geboren 1905 in Niedersetzen, besuchte nach der Untersekunda die  
519 Präparandie, eine Ausbildungsstätte für Volksschullehrer, in Hilchenbach. Ebendort besuchte  
520 er dann im Anschluss von 1922 bis 1925 das Lehrerseminar. In diesen Lehrjahren erfuhr er als  
521 Mitglied einer Gruppe radikaler, völkisch gesinnter Seminaristen eine antidemokratische,  
522 antisemitische Prägung, die er zeitlebens – auch nach 1945 – beibehalten sollte. Auch  
523 engagierte er sich in völkisch-nationalistischen Organisationen, seit 1923 dem Jungwiking des  
524 Bundes Wiking und seit 1924 dem Völkisch-Sozialen Block, einer Ersatzorganisation der zu  
525 diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP. Konnte Irle auf Grund der Stellenlage den Lehrerberuf  
526 nicht antreten, so nahm er im Wintersemester 1925/26 das Studium der Fächer Deutsch und  
527 Geschichte in Marburg auf. Nach dem Wintersemester 1927 musste er sein Studium aus  
528 finanziellen Gründen abbrechen und konnte es erst zum Wintersemester 1929 wieder  
529 fortsetzen, allerdings in Frankfurt am Main. Ende 1931 promovierte er zum Dr. phil. Danach  
530 war Irle als Lehrer an verschiedenen Schulen im Kreis Siegen tätig. Nachdem er 1934 seine  
531 zweite Staatsprüfung abgelegt hatte, erfolgte im Juni 1934 seine Berufung als Dozent an die  
532 Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund.

533 1931 war Irle auch in die NSDAP eingetreten und erhielt kurze Zeit später das Amt des  
534 Ortsgruppenkulturwarts der Ortsgruppe Geisweid. Im April 1932 wurde er zum  
535 Ortsgruppenleiter der neu gegründeten Ortsgruppe Setzen ernannt und versah das Amt bis  
536 Anfang 1933. Mitglied des SA-Sturms 130 (Siegen) war Irle seit 1. November 1933 und später  
537 Mitglied des SA-Sturms 98 (Dortmund). 1937 zum Oberscharführer befördert, ließ er sich Ende  
538 1938 wegen Überlastung beurlauben. Seit August 1932 war Irle Kreisfachberater für  
539 Lehrerfragen bei der NSDAP-Kreisleitung Siegen. Nach dem Eintritt in den  
540 Nationalsozialistischen Lehrerbund im Oktober 1932 wirkte er als dessen Kreisobmann Siegen-

541 Land. Nach der Machtergreifung 1933 bekleidete Irle vielfältige Positionen im  
542 Nationalsozialistischen Lehrerbund. Er war Kreisleiter (1933-1934) sowie Gaufachredner  
543 (1933-1937). 1937 trat er in den Gaudozentenbund ein und war seit Oktober 1938 örtlicher  
544 Dozentenbundführer an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund und im Gau  
545 Westfalen-Süd. Ebenso hatte er die Leitung der Dozentenschaft und der Gaufachschaft I  
546 „Lehrer an Hochschulen“ im Nationalsozialistischen Lehrerbund inne. Gerade durch seine  
547 vielfältigen Aktivitäten im Bildungsbereich verbreitete Irle aktiv seine von der  
548 nationalsozialistischen Ideologische durchdrungenen Vorstellungen. Des Weiteren war Irle  
549 seit 1934 Mitglied des NS-Wohlfahrtsverbands, Gauschulungsredner der NSDAP, Mitglied der  
550 Reichslesebuchkommissionen Hessen und Industriegebiet, Reichsfachbearbeiter für  
551 Personenkunde in der Parteiämlichen Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde und  
552 Mitglied des Reichluftschutzbundes. 1941 erhielt er die Dienstauszeichnung der NSDAP in  
553 Bronze für zehnjährige Mitgliedschaft in der NSDAP.

554 Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs meldete sich Irle freiwillig zum Kriegsdienst. Im  
555 Dezember 1939 wurde er als Kanonier nach Königsberg eingezogen und in der Folge in  
556 verschiedenen Einheiten an unterschiedlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Er fand dabei  
557 auch abseits der Front Verwendung, so dass er weiterhin ideologisch wirken konnte. 1944  
558 übertrug ihm das Oberkommando der Wehrmacht die literarische Leitung einer neu zu  
559 schaffenden kleinen Grabenbibliothek für Frontsoldaten. Im Mai 1945 geriet Irle in  
560 Kriegsgefangenschaft, die bis zu seiner Entlassung am 27. März 1947 andauert.

561 Nach Kriegsende war Irle infolge des Entnazifizierungsverfahrens vom Lehrerberuf  
562 ausgeschlossen und arbeitete stattdessen bei einer Versicherungsgesellschaft. Daneben  
563 zeigte er vielfältiges Engagement im Bereich der Volks- und Heimatkunde, so zum Beispiel im  
564 Sauerländischen Gebirgsverein. 1962 erfolgte auf Irle Anregung hin die Gründung einer  
565 Familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Siegerländer Heimat- und Geschichtsverein,  
566 dessen Mitglied er seit 1925 war. Im Siegerländer Heimatverein gehörte er zum Vorstand. Die  
567 Bemühungen des Sauerländer Gebirgsvereins zur Auszeichnung Irles mit dem Verdienstorden  
568 der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1965 scheiterten allerdings. Seine überkommenen  
569 Denkmuster hat er nach 1945 nie aufgegeben, so dass sie sich in angepasstem Gewand  
570 weiterhin in seinen Schriften und Vorträgen finden. Sein „Siegerländer Persönlichkeiten- und  
571 Geschlechter-Lexikon“ spart beispielsweise NS-Hintergründe aus und enthält keine jüdischen  
572 Mitbürger oder Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Von persönlicher Reue  
573 oder dergleichen ist nichts bekannt. Irle starb 1974.

574 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

575 Irle trat bereits vor 1933 der NSDAP bei, was ihn als aus Sicht der NS-Elite politisch als  
576 besonders zuverlässig auszeichnete. Er war in mehreren NS-Organisationen in leitender  
577 Funktion tätig sowie Mitglied der SA, was einerseits seine besondere Identifikation mit dem  
578 NS-Regime herausstellt und andererseits seine dezidierte Unterstützung und Förderung des  
579 NS-Regimes aufzeigt. Er ist demnach nicht nur als Mitläufer anzusprechen. Als Lehrender und  
580 Schriftsteller wirkte Irle als Propagandist und trug auf unterschiedlichen Wegen aktiv zur  
581 Verbreitung von nationalsozialistischem und antisemitischem Gedankengut. Irle erzog junge  
582 Menschen gemäß NS-Ideologie und trug zur Gleichschaltung der Lehrerschaft bei.

583 Erschwerend kommt hinzu, dass Irle sich nach 1945 nicht von seinen ideologischen  
584 Vorstellungen distanzierte, sondern diesen verhaftet blieb.

585 Literatur in Auswahl:

586 Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-  
587 Siegerländers“, in: Siegener Beiträge 18 (2013), S. 217-233.

588 Wolf, Thomas: Lothar Irle (1905-1974). Biografische Skizze eines Heimat- und  
589 Familienforschers. Oder: warum ehrt(e) die Lothar-Irle-Straße in Siegen einen „bekennden  
590 Antisemiten“? <https://www.siwiarchiv.de/thomas-wolf-lothar-irle-1905-1974/> [aufgerufen  
591 17.02.2022]

592

593

## 594 **Porschestraße**

595 Benannt nach: Ferdinand Porsche

596 Jahr der Benennung: 1975

597 Zur Person: Ferdinand Porsche, geb. 1875 in Böhmen, war Automobilkonstrukteur. Er  
598 entwickelte zunächst einen elektrischen Radnabenmotor (Patent 1896). Seit 1906 war Porsche  
599 als Nachfolger von Paul Daimler Entwicklungs- und Produktionsleiter bei der Österreichischen  
600 Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler), wo er 1917 zum Generaldirektor aufstieg.  
601 Dort arbeitete er an Personenkraftwagen, Flugzeugen und Rennwagen. 1923 wurde Porsche  
602 Leiter des Konstruktionsbüros und Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft in  
603 Stuttgart. In dieser Zeit profilierte er sich als erfolgreicher Rennwagenkonstrukteur. Nachdem  
604 sein Arbeitsvertrag 1928 nicht verlängert wurde, gründete Porsche am 1. Dezember 1930 sein  
605 eigenes Konstruktionsbüro in Stuttgart. 1934 hatte er auf Drängen Hitlers seine  
606 tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgelegt und die deutsche angenommen. Seit 1934  
607 erfolgte die Konstruktion des deutschen Volkswagens (KdF-Wagen) im Auftrag des  
608 Reichsverbands der Automobilindustrie, seit 1937 die Konstruktion eines Volkstraktors durch  
609 die Porsche GmbH. 1937 trat er in die NSDAP ein. 1942 erfolgte Porsches Aufnahme  
610 ehrenhalber in die Allgemeine SS als SS-Oberführer. Nachdem er 1938 Hauptgeschäftsführer  
611 und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen GmbH in Berlin-Charlottenburg geworden war,  
612 erfolgte 1939 die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer. Damit war sein intensives  
613 Engagement in der Kriegs- und Rüstungsindustrie eingeleitet. 1941 bis 1943 als  
614 Vorsitzender der Panzerkommission wirkend, war er in der Folge Rüstungsrat. 1942 übernahm  
615 er die Leitung der Prüf- und Versuchsabteilung der kraftfahrtechnischen Lehranstalt der  
616 Waffen-SS in Wien-Schönbrunn. Die Produktion des Volkswagenwerks stellte Porsche nach  
617 Kriegsbeginn auf Rüstungsgüter, darunter die „Vergeltungswaffe“ V1, um. Für den Ausbau  
618 seines Werks forderte er 1941 bei Heinrich Himmler sowjetische Kriegsgefangene als  
619 Zwangsarbeiter an und bat Hitler 1942 persönlich um KZ-Häftlinge für ein Bauprojekt bei VW.  
620 In diesem Zusammenhang wurde auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg  
621 (Fallersleben) das KZ Arbeitsdorf eingerichtet, das als erstes selbstständiges  
622 Konzentrationslager zur industriellen Verwendung der Häftlingsarbeit diente. Insgesamt

waren während des Zweiten Weltkriegs rund zwei Drittel der Belegschaft des Volkswagenwerks (ca. 20.000 Menschen) Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Arbeitsdorf, von denen rund 500 ums Leben kamen. Für die Zwangsarbeiterkinder ließ die Betriebsleitung von VW, darunter auch Porsche, eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen einrichten. Hier starben mehrere hundert Säuglinge und Kinder, wobei Porsche nach Aussage des SS-Arztes Hans Körbel über die schlechte Situation der Kinder in Kenntnis gesetzt war. Im Zuge seiner Tätigkeiten, gerade während des Zweiten Weltkriegs, schöpfte Porsche die ihm verliehenen Mittel des NS-Regimes aus und pflegte persönliche Kontakte zu Hitler und Himmler. Auch mit Blick auf das eigene Fortkommen stellte er seine genialen Fähigkeiten als Konstrukteur in die Dienste des NS-Regimes. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet Porsche in französische Gefangenschaft. 1948 erlangte er einen Freispruch vor einem französischen Gericht. Nachdem sein Spruchkammerverfahren am 30. August 1949 eingestellt worden war, kehrte er nach Stuttgart zurück. Porsche starb im Jahr 1951.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Porsche war maßgeblich am Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie für den und im Zweiten Weltkrieg beteiligt und stand durch die Leitung des VW-Werks im Dienst des NS-Staates, für den er als eine maßgebliche Stütze fungierte. Zu politischen Führern (Hitler, Himmler) besaß er direkten Kontakt, was er zu seinem persönlichen wie beruflichen Fortkommen ausnutzte. Zur Förderung der Rüstungsindustrie setzte er in besonderem Maße Zwangsarbeiter ein, von denen in seiner Verantwortung mehrere hundert Menschen – darunter auch Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen – starben. In diesem Zusammenhang war Porsche maßgeblicher Wegbereiter der industriellen Verwendung der KZ-Häftlingsarbeit, so dass er als „Pionier der KZ-Häftlingsarbeit“ anzusprechen ist.

Literatur in Auswahl:

Autengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch, Wien/Graz/Klagenfurt 2014, S. 239–242, in: URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118595881.html#ndb>,

content [aufgerufen 17.02.2022]

Grieger, Manfred: Ferdinand Porsche (1875-1951), publiziert am 19.04.2018 in: Stadtarchiv Stuttgart,

URL: [https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand\\_Porsche\\_%281875-1951%29.html](https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand_Porsche_%281875-1951%29.html) [aufgerufen 17.02.2022]

Viehöver, Ulrich: Ferdinand Porsche. Hitlers Lieblingskonstrukteur, Wehrwirtschaftsführer und Kriegsgewinnler, in: Hermann G. Abmayr (Hrsg.), Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009, S. 239-267.



## 662 Stoeckerstraße

663 Benannt nach: Adolf Stoecker

664 Jahr der Benennung: 1927

665 Zur Person: Adolf Stoecker, geboren 1835 als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt,  
666 studierte von 1854 bis 1857 Theologie in Berlin und Halberstadt. Nach der Anstellung als  
667 Hauslehrer bei dem Grafen von Lambsdorff in Rinseln (1857-1862) trat er nach seinem  
668 Oberlehrerexamen in den Pfarrdienst ein, den er 1863 zunächst in Seggerde (Altmark), ab  
669 1866 in Hamersleben und ab 1871 als Divisionspfarrer in Metz versah. 1874 berief Kaiser  
670 Wilhelm I. Stoecker nach Berlin in das Amt des vierten Hof- und Dompredigers (1880 dritter  
671 und 1883 zweiter Hof- und Domprediger). Zudem wurde er Mitglied des  
672 Generalsynodalvorstands der altpreußischen Landeskirche und übernahm 1877 die Leitung  
673 der „Berliner Stadtmission“. 1887 wurde er Herausgeber der „Neuen evangelischen  
674 Kirchenzeitung“. Der national-patriotische eingestellte Stoecker vertrat ein volkskirchliches  
675 Konzept, das die Rechristianisierung der Gesellschaft zum Ziel hatte. Politisch aktiv wurde  
676 Stoecker 1878 mit der Gründung der „Christlichsozialen Arbeiterpartei“. Diese zeichnete sich  
677 durch eine christlich-monarchische Sozialpolitik sowie antisemitische Agitation aus, prangerte  
678 Missstände des Kapitalismus an und war sozialdemokratiefeindlich eingestellt. Da der Erfolg  
679 bei der Reichstagswahl 1878 ausblieb, wurde mit der Umbenennung in „Christlichsoziale  
680 Partei“ im Jahr 1881 versucht, Unterstützer aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen. 1881  
681 schlossen sich die Christlichsoziale Partei der Deutschkonservativen Partei als selbstständige  
682 Gruppe an, woraufhin sich Stoecker bemühte Letztere zu einer Volkspartei zu machen. Er war  
683 von 1879 bis 1898 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie von 1880 bis 1893  
684 Mitglied des Reichstags für die Deutschkonservative Partei als Mandatsträger für das  
685 Siegerland. Nachdem Stoecker 1887/88 mit dem rechten Parteiflügel der Konservativen in  
686 immer stärkeren Widerspruch zu Bismarck gelangte, versuchte Stoecker, den Prinzen und  
687 späteren Kaiser Wilhelm II. gegen den Reichskanzler einzunehmen. 1889 erzwang Bismarck  
688 allerdings eine öffentliche Verzichtserklärung Stoeckers auf politische Betätigung. 1890  
689 erfolgte die Abberufung als Hofprediger auf Grund seines politischen Engagements und seiner  
690 antisemitischen Propaganda durch Wilhelm II. Nach der Abberufung Bismarck erlangte  
691 Stoecker wieder Einfluss in der Deutschkonservativen Partei. 1892 bestimmte er mit  
692 Unterstützung des rechten Parteiflügels die antisozialdemokratische, antisemitische  
693 Neuausrichtung der Partei im sogenannten „Tivoli-Programm“ entscheidend mit. Von 1898  
694 bis 1908 war Stoecker wieder Mitglied des Reichstags, blieb jedoch politisch ohne Einfluss.

695 Als Vertreter eines radikalen Antisemitismus in Erscheinung tretend, wurde Stoecker zu einem  
696 Wegbereiter des Antisemitismus in Deutschland bzw. im Deutschen Reich. Er hetzte gegen das  
697 Judentum, das er als Feind der Gesellschaft und Ursache wirtschaftlicher Depression  
698 darstellte. Stoecker stand dabei in Verbindung mit der Antisemitenliga des Wilhelm Mars.  
699 Auch war er eine der führenden Köpfe im Berliner Antisemitismusstreit (1879-1881), der 1880  
700 zur Gründung der „Berliner Bewegung“ als Zusammenschluss antisemitischer Gruppierungen  
701 führte. In diesem Kontext hielt er am 9. September 1879 einen berühmten Vortrag über  
702 „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“ mit Aufruf: „Wir bieten den Juden den  
703 Kampf an bis zum völligen Siege und wollen nicht eher ruhen, als bis sie hier in Berlin von dem  
704 hohem Postament, auf das sie sich gestellt haben, herabgestürzt sind in den Staub, wohin sie

gehören.“ (zitiert nach: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928, S. 106) Mit dieser und weiteren Aussagen sollte er bis in die Zeit des Nationalsozialismus nachwirken. Stoecker war auch an der sogenannten Antisemitenpetition im Jahr 1880 beteiligt, die 1881 dem Reichskanzler übergeben wurde. Darin wurden zum Beispiel ein Verbot jüdischer Einwanderung, ein Ausschluss aller Juden von obrigkeitlichen Ämtern und dem Volksschulwesen sowie eine Beschränkung im Justiz- und im höheren Schulwesen gefordert. Stoecker bezeichnete sich später selbst als „Begründer der antisemitischen“ Bewegung und schrieb sich zum Beispiel 1893 im preußischen Abgeordnetenhaus selbst zu, die „Judenfrage“ aus dem literarischen Kontext in die Politik gebracht zu haben. Ungeachtet seiner antisemitischen Agitation war bei Stoecker eine rassistische Einstellung allenfalls geringfügig ausgeprägt. Juden waren ihm keine blutbestimmte Rasse, sondern eine Religion, so dass Konvertiten keine für ihn keine Juden mehr darstellten. Für das Fortwirken seiner antisemitischen Vorstellung und deren Rezeption war dies unerheblich. Die inhaltlichen Verbindungen in „Mein Kampf“ und anderen nationalsozialistischen Publikationen sind evident. Darüber hinaus griffen die Nationalsozialisten Stoeckers Kritik am Kapitalismus sowie die Liberalismus- und Sozialdemokratiefeindlichkeit auf. Stoecker avancierte somit zum Wegbereiter für die Nationalsozialisten. Im Siegerland war Stoecker durch sein Mandat im Reichstag für die Region bekannt und verbreitete durch die Zeitung „Das Volk“ als Presseorgan der Christlichsozialen Partei, seit 1899 in Siegen herausgegeben, sein Gedankengut in der Region.

Stoecker starb 1909 in Bozen.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Stoecker vertrat einen radikalen Antisemitismus, wobei er entscheidenden Anteil an der Formierung einer organisierten antisemitischen Bewegung besaß und antisemitische Beschuldigungen in breiten Kreisen gesellschaftsfähig machte. Als Begründer der Berliner Bewegung stand er einer antisemitischen, chauvinistischen und das Militär verherrlichenden Bewegung vor. Für die völkische Rechte wie auch die Nationalsozialisten stellte er einen wichtigen Wegbereiter dar. Gerade im Siegerland trug die Stoecker-Bewegung maßgeblich zur Ausbildung einer antisemitischen Grundeinstellung der Bevölkerung bei.

Literatur in Auswahl:

Bennewitz, Joachim: Adolf Stoecker: Theologe, Politiker und Antisemit, in: Berlinische Monatsschrift 3 (1999), S. 11-18.

Engelmann, Hans: Kirche am Abgrund. Adolf Stoecker und seine antijüdische Bewegung (Studien zu jüdischem Volk und christlicher Gemeinde, 5), Berlin 1984.

Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928.

Opfermann, Ulrich F.: „Im Volksleib schlimmer als der Tuberkulosen-Bazillus“. Zur Verbreitung und Rezeption des christlich-sozialen Antisemitismus, 1881-1914, Teil 1, in: Siegerner Beiträge 11 (2006), S. 109-146; Teil 2: Themen – Forderungen - Antisemitismus und Milieu, in: Siegerner Beiträge 12 (2007), S. 81-114.



745 **Kategorie B**

746

747 **Adolf-Saenger-Straße**

748 Benannt nach: Adolf Saenger

749 Jahr der Benennung: 1961

750 Zur Person: Adolf Saenger, geboren 1884 in Niederdielfen, war Sohn eines Landwirts und  
751 absolvierte eine Ausbildung zum Kesselschmied. Als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet,  
752 erhielt er im Lazarett in Dortmund Zeichenunterricht. 1917 ging er nach München zum  
753 Studium an der dortigen Kunstgewerbeschule. Das Studium der Bildhauerei an der Hochschule  
754 der bildenden Künste in Berlin nahm er 1920 auf. 1932 wurde er Mitglied im Verein Berliner  
755 Künstler. Inspiration erhielt er auf zwei längeren Italienreisen in den Jahren 1926 und 1939.  
756 Im Fokus seines Schaffens stand die Darstellung des menschlichen Körpers in höchster  
757 Anspannung, auch beschäftigte er sich wiederholt mit Pferdemotiven. Nach 1933 gelangte er  
758 zu größerer Anerkennung und arbeitete für hochrangige Auftraggeber aus den Reihen des NS-  
759 Apparats. Dies waren u. a. das Propagandaministerium, das Erziehungsministerium und die  
760 Luftkriegsschule Dresden. Die Reichskammer der bildenden Künste lobte ihn als einen „der  
761 hervorragendsten Träger der neuen deutschen Romantik“. Saenger war auch Mitglied der  
762 Reichskammer der bildenden Künste. Nachdem sein Atelier durch einen Luftangriff im Jahr  
763 1943 zerstört wurde, lebte er noch bis 1947 in Berlin. Danach zog er zurück nach  
764 Niederdielfen, wo er sich künstlerisch auf Landschaftsbilder und Gruppenbilder fokussierte.  
765 Auch schuf er beispielsweise die Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in  
766 Göttingen und gestaltete die erste deutsche Goldmünze der Bundesbank nach 1945. Im Jahr  
767 1952 erhielt Saenger den Kritiker-Preis der Stadt Siegen, 1959 das Bundesverdienstkreuz des  
768 Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er starb 1961 in Niederdielfen. Im Mai 1975  
769 schenkte seine Witwe Johanna Saenger dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen  
770 jeweils zur Hälfte Ölgemälde, Zeichnungen und Skizzen aus dem Nachlass ihres Ehemannes.

771 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

772 Saenger wurde als Künstler insbesondere in der NS-Zeit wertgeschätzt und war für  
773 hochrangige Auftraggeber im NS-Staat, insbesondere das Propagandaministerium, tätig.  
774 Dadurch stellte seine Kunst in den Dienst des NS-Regimes und unterstützte deren Propaganda  
775 an exponierter Stelle. Diese problematischen Aspekte sind auf einem Zusatzschild zu  
776 erläutern.

777 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

- 778 a) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler, Förderer der nationalsozialistischen*  
779 *Kulturpolitik*  
780 b) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler – bei der Straßenbenennung 1961*  
781 *blieb seine Tätigkeit für Auftraggeber im NS-Staat und damit die Vereinnahmung seiner*  
782 *Kunst durch die Nationalsozialisten unberücksichtigt.*

783 Literatur in Auswahl:

784 Adolf Saenger. 23. März 1884-7. Mai 1961, hrsg. von der Stadt Siegen, Siegen 1984.  
785 Saenger, Adolf S., in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen  
786 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
787 <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches->  
788 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

789

## 790 **Carl-Dresler-Straße**

791 Benannt nach: Carl Wilhelm Dresler

792 Jahr der Benennung: 1975

793 Zur Person: Carl Wilhelm Dresler, geboren 1877 in Kreuztal, erlangte an der Königlichen  
794 Bergakademie in Berlin das Bergreferendar-Examen. Seit 1911 (bis 1947) war als Leiter der  
795 Gewerkschaft „Eisenzecher Zug“ in Eiserfeld tätig, unterbrochen von der Teilnahme am Ersten  
796 Weltkrieg als Rittmeister von 1914 bis 1916. 1930 (bis 1947) wurde Dresler Mitglied im  
797 Aufsichtsrat Siegener AG sowie Direktor der Grube „Storch und Schöneberg“ in Gosenbach.  
798 Der Industrielle, Grubendirektor und Königlich Preußische Bergassessor Dresler prägte  
799 nachhaltig die Industriekultur im Siegerland und gehört zu den einflussreichen Akteuren des  
800 regionalen Eisenerzbergbaus. Darüber hinaus war er sozial engagiert. Auf seine Initiative  
801 entstanden etwa die Siedlungen für Bergleute am Kaiserschacht in Eiserfeld und in den  
802 „Karpaten“ in Brachbach. Auch zeichnete sich Dresler durch vielfältige ehrenamtliche  
803 Tätigkeiten aus: Von 1935 bis 1948 war er erster Vorsitzender des Siegerländer Heimat- und  
804 Geschichtsvereins, am Ende Ehrenmitglied. Weiterhin war er Ehrenvorsitzender der Freunde  
805 und Förderer des Siegerlandmuseums, des Evangelischen Volksvereins, des Kreisverbands  
806 Siegen des Kyffhäuserbundes der Sanitätsbereitschaft des DRK Eiserfeld und anderer mehr.  
807 1957 ernannte ihn die Gemeinde Eiserfeld zum Ehrenbürger. Er starb 1971.

808 Dreslers Rolle im Dritten Reich beschränkt sich in der öffentlichen Diskussion im Wesentlichen  
809 auf einen persönlichen Schicksalsschlag, nämlich den Tod seiner drei Söhne im Zweiten  
810 Weltkrieg. Der mit der Person Dreslers in Verbindung stehende Einsatz von Zwangsarbeitern  
811 in der Rüstungsindustrie wird hingegen vielfach nicht thematisiert. Dresler war bereits in der  
812 „Zerstörungsphase“ der Weimarer Republik durch antidemokratische Kräfte Mitglied der  
813 Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) (1929) und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“  
814 (1933). Nähe zum Nationalsozialismus ist gemäß Aussage des Eiserfelder NSDAP-  
815 Ortsgruppenleiters Walter Daub aus dem Jahr 1939 anzunehmen: „Er erkennt die großen  
816 Erfolge der nat[ional] soz[ialistischen] Regierung an und spricht mit einer Hochachtung und  
817 Bewunderung vom Führer und seinem Werk [...] Finanziell hat Dresler die Bewegung immer  
818 unterstützt, selbst zu einer Zeit, als er noch tonangebend in der DNV[P] war“. Die finanzielle  
819 Unterstützung bezeichnete Dresler später vor dem Entnazifizierungsausschuss als „privates  
820 Darlehen“. Als Direktor der Gewerkschaft Grube Eisenzecher Zug war Dresler auch am  
821 Zwangsarbeitereinsatz beteiligt. Bereits 1942 waren hier die ersten sowjetischen  
822 Zwangsarbeitskräfte eingesetzt worden; der Anteil der Zwangsarbeiter im Lager Kaiserschacht  
823 betrug im Jahre 1944 zum Beispiel 348 von 882 Beschäftigten. Über die Behandlung der  
824 Zwangsarbeiter, für die Dresler als Direktor die Verantwortung trug, liegen aus dem

825 Entnazifizierungsverfahren widersprüchliche Zeugenaussagen vor. So beschrieb ein  
826 italienischer Kriegsgefangener in einem Bericht vom Juli 1945 katastrophale Zustände auf der  
827 Eisenzeche, mit schwerer körperlicher Arbeit, schlechter Ernährung sowie Gewalttaten und  
828 Misshandlungen mit Todesfolge. Dagegen gaben zwei junge Frau aus der Sowjetunion im Juni  
829 1947 zu Protokoll, dass Dresler alles tat, damit die jungen Frauen gute Lebensumstände  
830 besaßen und sie bei Problemen Unterstützung fanden. Insgesamt zogen sie ein positives Fazit  
831 vom Lagerleben und über die Person Dreslers. Bei den beiden Aussagen ist zu berücksichtigen,  
832 dass die Arbeit der Männer und Frauen sich unterschied, wie auch aus den Berichten zu  
833 entnehmen ist, was sich demnach wohl auf die Arbeitssituation und die Unterbringung  
834 auswirkte.

835 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

836 Dreslers Vita umfasst problematische Aspekte wie die Mitgliedschaft in rechtsgerichteten  
837 Parteien, die mutmaßliche Nähe zum Nationalsozialismus u. a. durch finanzielle Unterstützung  
838 sowie die Beschäftigung in Verbindung mit der zuweilen schlechten Behandlung von  
839 Zwangsarbeitern, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

840 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

841 *Carl Wilhelm Dresler (1877-1971), Industrieller, Grubendirektor und königlich-preußischer*  
842 *Bergassessor, Ehrenbürger von Eiserfeld – bei der Straßenbenennung 1975 blieben seine*  
843 *finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten sowie die Beschäftigung von*  
844 *Zwangsarbeitern bei mitunter schlechter Behandlung unberücksichtigt.*

845 Literatur und Quellen in Auswahl:

846 Dresler, Carl Wilhelm, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den  
847 Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
848 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
849 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

850 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 159

851

852 **Dr.h.c.Karl-Barichstraße**

853 Benannt nach: Dr. Karl Barich

854 Jahr der Benennung: 2008

855 Zur Person: Karl Barich, geboren 1901 in Dortmund, studierte zunächst Lehramt. Nach dem  
856 Examen 1922 änderte er seine berufliche Ausrichtung und nahm ein Studium der  
857 Betriebswirtschaft in Köln und Mannheim auf. 1923 trat er der Burschenschaft Hansea  
858 Mannheim bei. Im Anschluss an sein Studium zunächst als Dozent an Berufs- und  
859 Handelsschulen tätig, wirkte er seit 1937 als Preisprüfer und Sachverständiger auf dem Eisen-  
860 und Stahlsektor im Regierungsbezirk Arnsberg. Im Jahr 1940 kam er als Prokurist und Leiter  
861 der Hauptverwaltung zu den Geisweider Eisenwerken, in denen Zwangsarbeiter beschäftigt  
862 wurden; 1944 beispielsweise 1.073 von 2.280 Beschäftigten. Nach der Machtergreifung trat  
863 Barich nicht in die NSDAP ein, besaß aber seit 1933 eine Anwartschaft zum Eintritt in die

864 Allgemeine SS, die er finanziell unterstützte. Weiterhin war er Mitglied im  
865 Nationalsozialistischen Lehrerbund (1933), Nationalsozialistischen Fliegerkorps (1941),  
866 Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (1941) und im nationalsozialistisch  
867 ausgerichteten Verein für das Deutschtum im Ausland (1937). Nach dem Ende des Zweiten  
868 Weltkriegs war Barich Mitglied im Vorstand der Geisweider Eisenwerke. Seit 1947 wirkte er  
869 im Vorstand der Hüttenwerk Geisweid AG sowie seit 1951 im Vorstand der neu gegründeten  
870 Stahlwerke Südwestfalen AG. Letztere leitete er 1954 bis 1970 als Vorstandsvorsitzender,  
871 wobei er das Unternehmen von der Massen- auf die Edeltahlerzeugung umstellte und zur  
872 Entwicklung der Stahlwerke Südwestfalen AG zu einem der führenden Unternehmen der  
873 europäischen Edeltahlerzeugung entscheidend beitrug. In der Nachkriegszeit war Barich  
874 zudem einer von elf Stahltreuhändern, die Vorschläge zur Neuordnung der Eisen- und  
875 Stahlindustrie unterbreiteten. 1957 verlieh ihm die Wirtschaftshochschule Mannheim die  
876 Ehrendoktorwürde. 1966 erfolgte die Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz der  
877 Bundesrepublik Deutschland sowie 1978 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der  
878 Bundesrepublik Deutschland. 1970 verlieh ihm die Stadt Hüttental das Ehrenbürgerrecht.  
879 Barich starb 1995.

#### 880 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

881 Barichs Vita umfasst problematische Aspekte bezüglich seiner Spenden an die SS, der SS-  
882 Anwartschaft und der Mitgliedschaft in NS-Organisationen. In den Geisweider Eisenwerken  
883 waren während seiner dortigen Tätigkeit zahlreiche Zwangsarbeiter eingesetzt. Diese Aspekte  
884 sollten auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

#### 885 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

886 *Dr. h.c. Karl Barich (1901-1995), Industrieller, Ehrenbürger der Stadt Hüttental – bei der*  
887 *Straßenbenennung 2008 blieben seine Nähe zur SS und Mitgliedschaften in NS-Organisationen*  
888 *unberücksichtigt.*

#### 889 Literatur und Quellen in Auswahl:

890 Barich, Karl, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen  
891 und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:  
892 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)  
893 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

894 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 759

#### 895 **Hans-Kruse-Straße**

896 Benannt nach: Dr. Hans Kruse

897 Jahr der Benennung: 1975

898 Zur Person: Dr. Hans Kruse, geboren 1882 in Iserlohn, absolvierte in Berlin, Leipzig und  
899 Marburg ein Studium der Geschichte, Germanistik und Theologie. In Marburg trat er 1902 dem  
900 antisemitischen Verein Deutscher Studenten bei. Ebendort promovierte er 1906 mit einer  
901 Arbeit zur Lederindustrie im Fürstentum Nassau-Siegen zum Dr. phil. Kruse trat daraufhin in  
902 den Schuldienst ein und erhielt 1910 eine Anstellung als Studienrat an der höheren

Töchter Schule in Siegen. Im folgenden Jahr wirkte er maßgeblich an der Gründung des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins („Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande samt Nachbargebieten“) mit. Auch trat er in den Verwaltungsrat des Siegerlandmuseums ein. 1915 war Kruse an der Gründung des Westfälischen Heimatbundes beteiligt. Seit 1920 fungierte er als Herausgeber des Siegerländer Heimatkalenders. Er auch verfasste zahlreiche Beiträge zur Geschichte Siegens und des Siegerlandes. 1927 übernahm Kruse die Leitung des Siegerlandmuseums, das er in der Folge entscheidend neu konzipierte und mit größeren Ausstellungen aufblühen ließ. Auch gründete er die Siegener Stadtbibliothek. Mit der Einrichtung eines hauptamtlichen eingerichteten Stadtarchivs im Jahr 1929, fungierte er zudem als dessen Leiter. Kruse war auch politisch aktiv und zwar seit 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei und seit etwa 1925 bis 1933 in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Allerdings näherte sich Kruse gedanklich sukzessive den Nationalsozialisten und deren Vorstellungswelt an. War betreffendes Gedankengut bereits vor der Machtergreifung bei ihm verhaftet, so tritt seit 1933 die Übernahme nationalsozialistischer Ideologie etwa in eigenen Aussagen, seinen Jahresrückblicken im Heimatkalender, in Lobreden und durch die Kooperation mit dem NS-Regime deutlich hervor. Mutmaßlich war Kruse auch Mitglied der NSDAP. Auch in Kruses Museumsarbeit finden sich entsprechende Spuren. Gemäß nationalsozialistischer Anschauung besaßen Museen einen ideologischen Auftrag zur Volksbildung. Kruse versuchte dies bei Bürgermeister und NS-Funktionären auszunutzen, um eine Erweiterung des Museums und seiner Sammlungen zu erreichen. Inhaltlich fanden im Siegerlandmuseum in den 1930er Jahren mehrere Sonderausstellungen mit dezidiertem Bezug zur NS-Ideologie statt, so die militärhistorische Ausstellung 1935, die Wanderausstellung „Rasse-Sippe-Siedlung“ und die 1938 Bergmanns-Sonderausstellung. Zum Publikum zählten in dieser Zeit neben Schulklassen vornehmlich Angehörige von NS-Organisationen. Kruse starb 1941.

#### Begründung der Einstufung in Kategorie B:

Kruses Vita umfasst problematische Aspekte wie die offene Unterstützung des NS-Regimes und seine mutmaßliche NSDAP-Mitgliedschaft, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

#### Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

*Dr. Hans Kruse (1882-1941), Historiker und Archivar – bei der Straßenbenennung 1975 blieben sein völkischer Hintergrund und die offene Unterstützung des NS-Regimes unberücksichtigt.*

#### Literatur in Auswahl:

Böttger, Hermann: Hans Kruse 1882-1941, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 5 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 10,5), hrsg. von Karl Wolf, Wiesbaden 1955, S. 275-284.

Kruse, Hans, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL: <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/> [aufgerufen 21.02.2022]

943 Wolf, Thomas: Dr. Hans Kruse (1882 – 1941). Politiker, Archivar und Historiker im  
944 Nationalsozialismus – drei Aspekte eines rechten Wissenschaftlers, in: URL:  
945 <https://de.slideshare.net/siwiarchiv/dr-hans-kruse> [aufgerufen 21.02.2022]

946

## 947 **Ostlandstraße**

948 Benannt nach: Ostland (s.u.)

949 Jahr der Benennung: 1955

950 Zur Namensgebung: Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde der Begriff „Ostland“ mit der  
951 Forderung nationalistisch-völkischer Kreise zur Kolonisierung des osteuropäischen Raums  
952 gemäß mittelalterlichen Vorbilds und dessen Annektierung verbunden, um neuen  
953 Lebensraum im Osten zu gewinnen. Dabei wurde ein natürliches Herrschaftsrecht eines  
954 überlegenden deutschen Kulturvolks gegenüber einer angeblich minderwertigen slawischen  
955 Bevölkerung konstruiert, was auch rasseideologische Vorstellungen einfließen ließ. Der Drang  
956 nach Osten in das „Ostland“ stellte dabei ein integrales Element des wilhelminischen  
957 Antisemitismus dar, verbunden mit der Forderung nach einer „Germanisierung“ weiter Teile  
958 des osteuropäischen Raums. In der Weimarer Zeit propagierten die völkischen Rechten wie  
959 auch Adolf Hitler die Wiederaufnahme der kaiserzeitlichen „Ostland-Politik“ unter der Parole  
960 „Volk ohne Raum“. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten blühte die  
961 geschürte Ostland-Begeisterung weiter auf. Der Begriff „Ostland“ stand dabei sinnbildlich für  
962 Hitlers Intention der „Eroberung von Lebensraum im Osten“. Mit Überfall auf die Sowjetunion  
963 im Jahr 1941 wurde ein konkreter Schritt zur Umsetzung der Ostlandpolitik vollzogen. Das  
964 Ostland selbst erfuhr dabei durch das im Juli 1941 eingerichtete Reichskommissariat Ostland  
965 (Lettland, Litauen, Estland, überwiegender Teil des westlichen Weißrusslands) nunmehr als  
966 geographischer Raum eine genauere Definition. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs  
967 entstanden in den 1950er und 1960er Jahren viele Ostlandstraßen in Westdeutschland. Die  
968 Namensgebung lässt überwiegend auf Verbindungen zum „Ostland“ der Kaiserzeit und des  
969 Nationalsozialismus schließen. Dies ist auch in Siegen-Eisern der Fall. Es besteht keine  
970 Einbettung der Ostlandstraße in ein Viertel mit Straßennamen nach osteuropäischen Städten  
971 in Reminiszenz an die „verlorene Heimat“ der Ostvertriebenen wie zum Beispiel in Köln. Auch  
972 handelte sich es bei der Ostlandstraße nicht um eine Wohnsiedlung für Heimatvertriebene.

## 973 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

974 „Ostland“ ist ein überaus belasteter Begriff durch die Einbindung in nationalistisch-völkisch-  
975 rassische wie auch in der Folge nationalsozialistische Vorstellungen. Ein dezidiert Bezug zu  
976 Ostvertriebenen, der als Anlass der Namensgebung anzuführen wäre, ist hingegen nur schwer  
977 darstellbar. Die besondere Problematik und Bedeutung des Begriffs mit seinen negativ  
978 konnotierten Bezügen sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

## 979 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

980 „Ostland“: in nationalistisch-völkischen Kreisen Begriff zur Propagierung einer  
981 Ostkolonisation im Kaiserreich; unter den Nationalsozialisten verbunden mit der



982 *Vorstellung zur Eroberung von Lebensraum im Osten, 1941 namensgebend für die eroberten*  
983 *Gebiete des Reichskommissariats Ostland*

984 Literatur in Auswahl:

985 Opfermann, Ulrich Friedrich: „Naer Oostland willen wij rijden“. Von einer Straße [Siegen-  
986 Eisern], die ins Ostland weist, in: Siegener Beiträge 15 (2010), S. 259-264.

987

988 **Otto-Krasa-Weg**

989 Benannt nach: Otto Krasa

990 Jahr der Benennung: 1975

991 Zur Person: Otto Krasa, geboren 1890 in Radungen (Radziunz), kam aus beruflichen Gründen  
992 ins Siegerland, wo er seit 1911 in Gosenbach zunächst Volksschullehrer, später Hauptlehrer  
993 war. Krasa engagierte sich in besonderem Maße für die Heimatkunde und führte vor allem  
994 seit den 1930er Jahren Geländegänge, Ausgrabungen und archäologische Experimente durch.  
995 Sein vornehmliches Interesse galt der Eisenverhüttung, so dass er zahlreiche  
996 Verhüttungsplätze und Schlackenhalde n ergrub. Seine Motivation lag in der Entdeckung und  
997 dies nach Möglichkeit als erste Person. Eine Auswertung der Befunde und Funde führte er  
998 hingegen kaum durch. Trotzdem erreichten seine Hypothesen und Forschungsergebnisse  
999 weite Verbreitung und trugen zu großer Bekanntheit Krasas bei. Bereits frühzeitig war er vom  
1000 30. Juni 1927 bis zum 1. Januar 1928 sowie ab dem 18. Januar 1928 Mitglied der NSDAP. Aus  
1001 ungeklärten Gründen, vermutlich wegen der Unvereinbarkeit von verbeamteter Tätigkeit im  
1002 öffentlichen Dienst einerseits und Mitgliedschaft in der NSDAP und der KPD andererseits, war  
1003 er ab einem nicht bekannten Zeitpunkt kein Parteimitglied mehr. Zum 1. Mai 1933 erfolgte  
1004 der Wiedereintritt in die NSDAP. Darüber hinaus war Krasa seit dem 1. April 1933 Mitglied im  
1005 Nationalsozialistischen Lehrerbund, der ihn in einem Gutachten als „guten  
1006 Nationalsozialisten“ beschrieb. Am 1. November 1933 wurde er Funk- und Pressewart der  
1007 lokalen SA-Reserve, bei der er zuletzt im Rang eines Truppführers stand. Nach Aussage im  
1008 Entnazifizierungsverfahren diente seine Mitgliedschaft in der SA der Stärkung seiner Position  
1009 als Lehrer an der Volksschule gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP. Schließlich trat  
1010 der 1937 dem Reichsluftschutzbund bei. Seine heimatkundliche Arbeit betreffend, ist eine  
1011 inhaltliche Gleichschaltung bzw. ideologische Vereinnahmung im Gegensatz zu anderen  
1012 Wissenschaftlern im Siegerland nur bedingt auszumachen. Seine Tätigkeiten während der NS-  
1013 Zeit dienten Krasa nach eigener Aussage allein dem eigenen beruflichen Fortkommen und der  
1014 ungestörten Weiterarbeit auf dem Gebiet der Heimatkunde – er nutzte das System demnach  
1015 für seine eigenen Zwecke aus. Nichtsdestotrotz findet sich auch in seinen Arbeiten aus der NS-  
1016 Zeit die Rekonstruktion völkischer Zugehörigkeit prähistorischer Menschen im Siegerland.  
1017 Diese Vorstellungen blieben auch in Arbeiten der Nachkriegszeit enthalten, so dass das Ende  
1018 der NS-Zeit für Krasa keinen inhaltlichen Neuanfang bedeutete, sondern vielmehr einen  
1019 „Neuanfang ohne Vergangenheitsbewältigung“ (Zeiler 2012, S. 261) darstellte.

1020 Nach dem Ende der NS-Zeit wurde Krasa aus dem Schuldienst entlassen. Der Gosenbacher  
1021 Gemeinderat verweigerte ihm im Mai 1947 trotz Lehrermangels die Wiedereinstellung, weil  
1022 er an der Schule nicht gern gesehen sei. Im August 1947 stufte der Entnazifizierungsausschuss

1023 Krasa in die Kategorie IV „untragbar“ ein, weil „sehr aktiv in der Interessenvertretung der  
1024 Partei“ sowie „sehr unsozial und aggressiv“ gewesen sei. Hans Beck, Assistent an der  
1025 Vorgeschichtlichen Abteilung des Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte in Münster  
1026 und archäologischer Weggefährte Krasas, hatte bereits im Vorfeld in einem Brief an seinen  
1027 Vorgesetzten, den Abteilungsleiter August Stieren, Zweifel an einer Rehabilitierung und  
1028 Wiedereinsetzung in den Lehrerberuf in Kenntnis der Entnazifizierungsbestimmungen  
1029 geäußert, was an einer untergeordneten Rolle Krasas in der NS-Zeit zweifeln lässt. Mit Beck  
1030 und Stieren als Fürsprechern erreichte Krasa jedoch die Wiedereinsetzung als Hauptlehrer im  
1031 Dezember 1947. Danach setzte er sich für seine politische Rehabilitierung ein und erreichte  
1032 die Wiederaufnahme seines Entnazifizierungsverfahrens. 1949 erfolgte die Einstufung in die  
1033 Kategorie V „tragbar“.

1034 In der Folge widmete sich Krasa weiterhin seinen Ausgrabungen. Auf seine Initiative hin wurde  
1035 am 13. Oktober 1958 der Heimatverein Gosenbach gegründet, als dessen erster Vorsitzender  
1036 er fungierte. 1970 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Eiserfeld ernannt. Krasa starb 1972.  
1037 Damit endete eine Ära der archäologischen Arbeit im Siegerland. Nachfolgende Forschungen  
1038 basieren noch heute auf seiner Tätigkeit, so dass er noch immer die Archäologie zum  
1039 eisenzeitlichen Siegerland beeinflusst.

1040 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1041 Krasa schloss sich bereits vor 1930 der NSDAP an (sogenannter „Alter Kämpfer“) und zeichnete  
1042 sich somit aus Sicht der NS-Elite durch besondere politische Zuverlässigkeit aus. Als  
1043 weitergehender Schritt der Anbiederung und Identifizierung mit dem NS-Regime und dem  
1044 Nationalsozialismus ist seine Mitgliedschaft in der SA anzusehen. Dabei nutzte er das System  
1045 zu seinem persönlichen Vorteil aus. Besondere Belastung der Person deutet sich im  
1046 Entnazifizierungsverfahren an, wobei konkrete Taten im Dunkeln bleiben. Nach dem Ende  
1047 Nationalsozialismus blieb bei Krasa ein inhaltlicher Neuanfang aus. Seine archäologischen  
1048 Arbeiten waren weiterhin von überkommenem, völkischem Gedankengut geprägt. Die  
1049 Biographie Krasas ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht ausreichend erforscht, um eine  
1050 Umbenennung inhaltlich zu rechtfertigen. Insofern war Krasa in die Kategorie B einzustufen.

1051 *Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:*

1052 *Otto Krasa (1890 – 1972), war einer der Begründer der Siegerländer Frühgeschichtsforschung.*  
1053 *Er erwarb sich insbesondere durch Ausgrabungen früher Verhüttungsplätze große*  
1054 *Bekanntheit. Seit den zwanziger Jahren war er aktiver Nationalsozialist und eine der*  
1055 *treibenden Kräfte der NS-Bewegung in Gosenbach. 1970 wurde er zum Eiserfelder Ehrenbürger*  
1056 *ernannt.*

1057 Literatur in Auswahl:

1058 Zeiler, Manuel: Otto Krasa. Ein Heimatforscher in der Pionierphase der prähistorischen  
1059 Archäologie, in: Siegener Beiträge 17 (2012), S. 247-270.

1060

1061

1062



1063 **Tannenbergstraße**

1064 Benannt nach: Schlacht bei Tannenberg

1065 Jahr der Benennung: 1915

1066 Zur Namensgebung: Vom 26. bis zum 30.08.1914 fand im Ersten Weltkrieg die sogenannte  
1067 Schlacht bei Tannenberg statt, in der die 8. Armee unter Hindenburg und Ludendorff die  
1068 zahlenmäßig überlegene russische Narev-Armee besiegte. Erst nach der Schlacht wurde der  
1069 Ort des Geschehens aus propagandistischen Gründen nach Tannenberg verlegt, um dem im  
1070 19. Jahrhundert wachsenden polnischen Grunwaldmythos (Schlacht bei Tannenberg 1410)  
1071 einen deutschen Sieg entgegenzusetzen. Der militärische Erfolg begründete den Personenkult  
1072 um Paul von Hindenburg als „Held von Tannenberg“ und „Befreier Ostpreußens“. Gerade in  
1073 rechtsnational gesinnten Kreisen wurde in der Folge wiederholt auf Tannenberg Bezug  
1074 genommen, was einen Höhepunkt im Bau des Tannenberg-Denkmal 1924-1927 fand. Unter  
1075 den Nationalsozialisten wurde Tannenberg als Symbol für bedingungslose Aufopferung und  
1076 zur Förderung des Hindenburg-Mythos instrumentalisiert, um auf diese Weise die eigene  
1077 Propaganda zu befördern.

1078 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1079 Der Straßenname besitzt einen eindeutigen Bezug zur Schlacht bei Tannenberg, die von den  
1080 Nationalsozialisten in besonderem Maße ideologisch und propagandistisch herangezogen  
1081 wurde (Tannenbergmythos). Dieser Bezug sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

1082 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

1083 *Schlacht bei Tannenberg 1914 – der Tannenbergmythos begründete den Personenkult um Paul*  
1084 *von Hindenburg, vereinnahmt von der nationalsozialistischen Propaganda*

1085 Literatur in Auswahl:

1086 von Hoegen, Jesko: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos  
1087 (1914–1934), Köln 2007.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Allgemeine Regelungen**

Jeder Straßenname kommt im ganzen Stadtgebiet nur einmal vor.

Straßennamen sollen einprägsam sein, gleichlautende oder ähnliche, verwechslungsfähige Namen sind zu vermeiden.

Die Straßenbezeichnung sollte eine Länge von 25 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Es gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Benennung.

Die Straßennamen sollen lokalen und regionalen Bezug haben.

Historische Flur- und Gewannnamen, die infolge einer Überbauung wegfallen, sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben und sind daher bevorzugt zu vergeben.

Eine Benennung nach aktuellen Firmennamen erfolgt grundsätzlich nicht.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Straßenbenennung nach Personen**

Die Einschätzung einer Person kann sich im Laufe der Zeit ändern. Daher ist bei der Benennung von Straßen nach Personen Zurückhaltung geboten.

Die Straßenbenennung dient der Ehrung und Erinnerung an eine verdiente Persönlichkeit.

Eine Person muss herausragende individuelle Leistungen und Verdienste aufzeigen, deren Bedeutung nach Gemeinsinn, Sachkenntnis, Tatkraft und Tragweite für das Gemeinwohl zu bemessen ist. Kriterien stellen zum Beispiel der Einsatz für Gemeinwohl, Demokratie und Rechtsstaat, besondere Leistungen in Wissenschaft, Kultur, Sport etc. oder Opfer von Gewalt und Vertreibung dar.

In der gleichen Weise muss der Hintergrund einer Person abgeklärt sein, so dass sie nicht gegen die Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte gehandelt hat beziehungsweise ihr Handlungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die Propaganda dafür nachgewiesen werden können.

Eine Verbindung der Persönlichkeit zur Stadt Siegen muss bestehen (Geburtsort, Wirkungsstätte).

Straßen werden nur nach bereits verstorbenen Personen benannt und zwar frühestens zehn Jahre nach deren Ableben.

Bei der Benennung nach Personen aus neuer Zeit sind die nächsten noch lebenden Angehörigen vor einer Entscheidung zu hören, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Frauen sind bei Straßenbenennungen verstärkt zu berücksichtigen, weil sie im Straßenbild unterrepräsentiert sind.

Bei der Benennung werden stets Vorname und Nachname verwendet, um die eindeutige Identifizierung zu gewährleisten. Auf die Nennung von Titeln ist zu verzichten. Die Schreibweise folgt den Angaben der amtlichen Dokumente.

## **Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen**

### **Umbenennung und Kommentierung**

Ergeben sich zu einer Person im Nachhinein Erkenntnisse über deren Wertvorstellungen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung oder der Menschenrechte stehen, oder über deren aktive Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder gruppenbezogenem menschenfeindlichen Handeln, insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Homophobie oder wenn diese Person durch eine rassistische oder militant-autoritäre Haltung zu Volksverhetzung und Gewalt beigetragen hat, werden die Optionen zur Straßenumbenennung wie auch zur Kommentierung verfolgt. Dies gilt auch für die Benennungen nach historischen Anlässen und Objekten.

Betrifft die Umbenennung den Namen einer Persönlichkeit, so sollten vor einer Entscheidung die nächsten noch lebenden Angehörigen gehört werden.

Die Kommentierung soll gegenüber einer Umbenennung der historischen Auseinandersetzung und der Aufklärung über Personen und Ereignisse dienen und die Distanzierung nach den Maßstäben der Demokratie und Achtung der Menschenrechte sichtbar machen.

Schilder zur Kommentierung von Personen haben folgende Struktur:  
Benennung, Geburts- und Sterbejahr, Beruf, kritische Kommentierung, QR-Code.

Ergänzend zum Zusatzschild ist ein ausführlicheres Biogramm zu erstellen, das über QR-Code aufgerufen werden kann.